

Rieser Tageblatt



und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Verlagsdruckerei
Tageblatt Riesa,
Bernauer Str. 22,
Postfach Nr. 52.

Das Rieser Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts und der Anwaltschaft beim Amtsgericht Riesa, des Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Meißen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Postfachkonto:
Dresden 1530,
Strolacher
Riesa Nr. 52.

Nr. 163.

Donnerstag, 16. Juli 1931, abends.

84. Jahrg.

Das Rieser Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig ohne Zustellgebühr. Für den Fall des Eintretens von Produktionsverzögerungen, Erhöhungen der Abzüge und Materialpreise behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 9 Uhr vormittags auszugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 39 mm breite, 8 mm hohe Werkschrift-Zeile (6 Spalten) 25 Gold-Pfennige; die 89 mm breite Werkschrift-Zeile 100 Gold-Pfennige; zeitraubender und tabellarischer Satz 50%, Aufschlag, feste Tarife. Bewilligter Rabatt erlischt, wenn der Betrag verfallen, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Wichtige Unterhaltungsbeilagen "Erzähler an der Elbe". — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Verleger oder der Vertriebsanstalten — hat der Verleger keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Banger & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Goethestraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Ferdinand Reichgraber, Riesa; für Anzeigenteil: Wilhelm Dittich, Riesa.

Die große Notverordnung zur Sicherung der Wirtschaft.

4 Punkte: Effektenkurse, Devisenverkehr, Bankverkehr, Danatbank.

Die Beschlüsse des Reichskabinetts.

1) Berlin, 16. Juli. Das Reichskabinett beendete kurz nach 21 Uhr seine Beratungen über das Sanierungsprogramm. Die Beschlüsse des Reichskabinetts umfassen fünf einzelne umfangreiche Schriftstücke und zwar eine Rahmenverordnung und vier Einzelverordnungen. Die eine Verordnung betrifft die Regelung des Devisenverkehrs, die zweite die Veröffentlichung von Kursen, die dritte die Wiederaufnahme von Zahlungen nach den Bankfeiertagen und die vierte eine Ergänzung der Verordnung zur Darmsstädter und Nationalbank.

Die Rahmenverordnung.

Berlin, 16. Juli.

Auf Grund des Artikels 48, Absatz 2, der Reichsverfassung wird verordnet:

§ 1) Die Reichsregierung ist ermächtigt, die Wiederaufnahme des Zahlungsverkehrs nach Bankfeiertagen zu egin. Sie kann Maßnahmen zum Schutz gegen die Folgen der Erklärung von Bankfeiertagen und zur Regelung der Wiederaufnahme des Zahlungsverkehrs treffen.

§ 2) Die Reichsregierung ist ermächtigt, Vorschriften über den Verkehr mit ausländischen Zahlungsmitteln und Forderungen in ausländischer Währung in Anlehnung an die Devisenverordnung vom 8. November 1924 (Reichsgesetzblatt 1, Seite 730) und über die Veröffentlichung von Kursen von Wertpapieren und Metallen zu erlassen.

§ 3) Diese Verordnung tritt am 15. Juli 1931 in Kraft.

Die Veröffentlichung von Kursen

Auf Grund der vorstehenden Verordnung wird verordnet:

§ 1) In öffentlichen Bekanntmachungen oder in Mitteilungen, die für einen größeren Personenkreis bestimmt sind, dürfen Angaben, die sich auf Preise beziehen, zu denen ausländische Zahlungsmittel, Reichsmark und Wertpapiere gehandelt, angeboten oder gesucht worden sind oder sein sollen, nicht gemacht werden, es sei denn, daß es sich um amtlich festgestellte Kurse einer Börse handelt. Die Reichsregierung kann Ausnahmen zulassen.

§ 2) Die Vorschriften des § 1 gelten entsprechend für Termingeschäfte in Kupfer, Zinn, Zinn und Blei.

§ 3) Wer den Vorschriften des § 1 oder 2 zuwiderhandelt, wird mit Gefängnis bis zu sechs Monaten und mit Geldstrafe oder mit einer dieser Strafen bestraft.

§ 4) Diese Verordnung tritt am 16. Juli in Kraft.

Die Devisenverordnung

Die Verordnung über den Verkehr mit ausländischen Zahlungsmitteln besagt in

§ 1, daß solche Zahlungsmittel und Forderungen in ausländischer Währung gegen inländische Zahlungsmittel nur von oder durch Vermittlung der Reichsbank erworben und nur an die Reichsbank oder durch ihre Vermittlung abgegeben werden dürfen. Die Reichsbank kann die Befugnis zum An- oder Verkauf anderen Kreditinstituten erteilen und Ausnahmen zulassen.

§ 2 bestimmt, daß Termingeschäfte in ausländischen Zahlungsmitteln oder Forderungen in ausländischer Währung oder in Edelmetall gegen inländische Zahlungsmittel verboten sind.

§ 3 besagt, daß Auszahlungen, Anweisungen in Schecks und Wechseln auch als Zahlungsmittel im Sinne dieser Verordnung gelten, daß Forderungen in ausländischer Währung aber, bei denen der Gläubiger Anspruch auf Zahlung in effektiver Fremdwährung hat, dagegen nicht ausländische Wertpapiere.

§ 4 verfügt, daß der Handel mit ausländischen gegen inländische Zahlungsmittel zu keinem höheren als dem letzten amtlichen Berliner Briefkurs erfolgen darf.

§ 5 regelt die Handhabung der Geschäfte mit ausländischen Zahlungsmitteln und Forderungen im Falle der

Wiederaufnahme der Zahlungsverkehr.

§ 6 bezeichnet Geschäfte, die gegen die Paragraphen 2, 4 oder 5 verstoßen, als nichtig, sofern der Sachverhalt den Geschäftsabschließenden betraf.

§ 7 befreit die mit der Reichsbank oder der Golddiskontbank abgeschlossenen Geschäfte von den entsprechenden Vorschriften.

§ 8 bestimmt, daß nur die amtlichen Berliner Notierungen bzw. Preise als Inlandskurse ausländischer Zahlungsmittel veröffentlicht werden dürfen.

§ 9 erteilt dem Reichswirtschaftsminister oder Beauftragten die Ermächtigung, von jedermann Auskunft über alle Geschäfte mit ausländischen Zahlungsmitteln und Forderungen in ausländischer Währung, insbesondere auch Vorlage von Büchern und Belegen zu fordern und eidesstattliche Versicherung zu verlangen.

§ 10 enthält die Strafbestimmungen, die Gefängnis- und Geldstrafen bis zum Zehnfachen des Wertes der in Frage kommenden ausländischen Zahlungsmittel oder Forderungen usw. vorsehen für Kauf und Verkauf oder Vermittlung widerrechtlicher Geschäfte in ausländischen Zahlungsmitteln oder Forderungen über den Abschluß in Termingeschäften. Auch vorsätzliche Anstiftung zu strafbaren Handlungen wird bestraft. Einziehung der betreffenden Devisen kann erfolgen, ebenso ist unter anderem Vermögensbeschlagnahme gegen den Angeklagten zulässig.

§ 11 stellt auch die Veröffentlichung von Kursen widerrechtlicher Natur unter Strafe. Die weiteren drei Paragraphen betreffen die Durchführung der Verordnung.

Wiederaufnahme des Zahlungsverkehrs

Auf Grund der Verordnung des Reichspräsidenten vom 15. Juli 1931 wird verordnet:

§ 1: 1) Nach Ablauf der für den 14. und 15. Juli 1931 erklärten Bankfeiertage ist ein Zahlungsverkehr nach den folgenden Bestimmungen aufzunehmen.

2) Die von den Bankfeiertagen betroffenen Institute mit Ausnahme der Privatnotenbanken und der Deutschen Golddiskontbank dürfen Barauszahlungen in der Zeit vom 16. bis einschließlich 18. Juli 1931 nur leisten, soweit der Empfänger die Zahlungsmittel nachweislich benötigt zur Zahlung von:

a) Löhnen, Gehältern, Ruhegehältern, Versorgungsgehaltern und ähnlichen Bezügen,

b) Arbeitslosen- und Krisenunterstützungen und Leistungen der öffentlichen und freien Wohlfahrtspflege (Fürsorge).

c) Leistungen an Versicherte der Sozialversicherung und wiederkehrende Leistungen an Versicherte aus anderen öffentlichen oder privaten Versicherungsverhältnissen,

d) Steuern und sonstigen öffentlichen Abgaben, soweit nicht bargeldlose Entrichtung möglich ist.

3) Die Vorschrift des Absatzes 2 gilt entsprechend für den Ueberweisungsverkehr. Ueberweisungen sind jedoch unbefristet zulässig

a) soweit sie erforderlich sind, um die in Absatz 2 zugelassenen Barauszahlungen zu ermöglichen,

b) soweit sie sich innerhalb desselben Instituts vollziehen,

c) soweit dadurch Zahlungen zur Durchführung des Gesetzes über Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung bewirkt werden,

d) soweit Leistungen an einen Versicherungsträger zur Erfüllung einer Beitragspflicht bewirkt werden.

4) Die Annahme von Einzahlungen unterliegt keinen Beschränkungen. Ueber Guthaben, die aus Barauszahlungen in Reichsmark nach dem 15. Juli 1931 entstanden sind, kann frei verfügt werden.

§ 2: Insofern die Institute nach der Vorschrift des § 1 Barauszahlungen und Ueberweisungen nicht vornehmen dürfen, gelten die Vorschriften des § 1, Absatz 2, der Durchführungsvorordnung vom 13. Juli 1931 (Reichsgesetzblatt 1, Seite 361) und des Artikels 2 der zweiten Durchführungsvorordnung vom 14. Juli 1931 auch für den 16., 17. und 18. Juli 1931. Diese Tage gelten als staatlich anerkannte allgemeine Feiertage im Sinne der Wechselordnung und des Scheckgesetzes.

§ 3: Wird ein Schuldner durch die Erklärung von Bankfeiertagen oder die zur Regelung der Wiederaufnahme des Zahlungsverkehrs getroffenen Maßnahmen ohne sein Verschulden gehindert, eine Zahlungsverbindlichkeit zu erfüllen, so gelten die Rechtsfolgen, die wegen der Nichtzahlung oder der nicht rechtzeitigen Zahlung nach Gesetz oder Vertrag eingetreten sind oder eintreten, als nicht eingetreten. Die auf Gesetz oder Vertrag beruhende Pflicht zur Zahlung von Verzugszinsen wird hierdurch nicht berührt. Der Schuldner kann sich auf die Vorschrift des Satz 1 nicht berufen, wenn er es unterläßt, die Verbindlichkeit unverzüglich nach Behebung des Hindernisses zu erfüllen.

§ 4: Diese Verordnung tritt am 16. Juli 1931 in Kraft.

Ein weiterer Trennhänder für die Danatbank

Die Reichsregierung hat gemäß Artikel 3, Absatz 1, der Verordnung zur Durchführung der Verordnung des Reichspräsidenten über die Darmsstädter- und Nationalbank vom 13. Juli 1931 (Reichsgesetzblatt 1, Seite 359) Reichsbankdirektor Schippel in Hamburg zum zweiten Trennhänder für die Darmsstädter- und Nationalbank bestellt.

Eine Erklärung der Danatbank

Die Darmsstädter- und Nationalbank teilt zur Vermeidung unnötiger Scheckproteste und der dadurch entstehenden Kosten mit, daß sie bei allen ihren Stellen angeordnet hat, daß den Vorlegern von Schecks auf Bank der Berner „Borgelegt und nicht bezahlt“ erteilt werden soll. Die Bank weist ferner darauf hin, daß in einer voraussichtlich zu erwartenden weiteren Durchführungsverordnung die Vorlegungsfrist für Schecks auf die Danat-Bank bis zum 6. August verlängert werden soll, so daß dann zur Erhaltung der Scheckrechte die Vorlegung vor diesem Tage nicht erforderlich sein würde.

Eine bevorstehende neue Verordnung.

Berlin. (Zankspruch.) Wie wir von unterrichteter Seite erfahren, steht eine Verordnung über die Veröffentlichung von Kursen bevor, deren erster Paragraph lautet: Es werden Angaben über Preise anerkannter ausländischer Währungen und Märkte zugelassen. Gegenüber der ersten Verordnung ist der Wortlaut des Wortes „amtlich“, das zu Mißverständnissen Anlaß gegeben hat, bemerkenswert.

Die erste Zahlung nach dem Hoover-Plan

Die deutsche Regierung hat am 15. Juli 1931 an die Bank für Internationalen Zahlungsausgleich von der monatlichen Rate der Reparationsverpflichtungen nur den unauffhebbar Teil der Annuität gezahlt, der auch die Monatsrate des Anleiheendienstes der Young-Anleihe enthält. Den Monatsanteil des Anleiheendienstes der Dawes-Anleihe hatte die deutsche Regierung bereits zu Anfang des Monats gezahlt. Die Bank für Internationalen Zahlungsausgleich hat der deutschen Regierung gegen die Deutschen Reichsbahn-Gesellschaft Zug um Zug gegen die Zahlung einen entsprechenden Betrag zurückerstattet. Damit ist die erste fällige Reparationszahlung im Feiertage im Sinne des Hoover-Planes geregelt worden.

England, Frankreich und Italien erwarten keine Reparationszahlungen.

Washington, 15. Juli. Die Regierung erhielt heute die offizielle Nachricht, daß die B.Z. von England, Frankreich und Italien auf Grund des Hoover-Planes die Mitteilung erhalten hat, daß diese Länder die am 15. Juli fälligen Reparationszahlungen nicht erwarten.

Gemeinsame Zusammenarbeit.

London. Sir Basil Blackett, einer der Direktoren der Bank von England, sagte gestern abend in einem Rundfunkvortrag über „Die Lage in Deutschland“ u. a.: Es ist noch nicht zu spät, die Lage zu retten. Aber auch wenn die jetzige Krise überwunden ist, wird nur energisches Vorgehen und gemeinsame Zusammenarbeit aller Zentralbanken und Regierungen der Welt im Stande sein, die Welt wieder herzustellen, von dem allein der friedliche Fortschritt vom 20. Jahrhundert abhängt.

Vertikales und Sächsisches.

Riesa, den 16. Juli 1931.

Wettervorhersage für den 17. Juli 1931. Mitgeteilt von der Sächs. Landeswetterwarte zu Dresden.) Amälich Nachlassen der Unbeständigkeit, Tagestemperaturen etwas höher als heute, Winde aus westlichen Richtungen, anfänglich noch lebhaft, später abflauend.

Daten für den 17. Juli 1931. Sonnenaufgang 4,02 Uhr. Sonnenuntergang 20,09 Uhr. Mondaufgang 6,03 Uhr. Monduntergang 21,43 Uhr.

1787: Der Industrielle Friedrich Krupp in Essen geb. (gest. 1828).

1800: Die Schriftstellerin Clara Zetkin in Trier geb. 1918: Erhebung des Katen Nikolaus II. in Zefaterinburg (geb. 1868).

1924: Der italienische Politiker Nicotri Garibaldi in Rom gest. (geb. 1847).

Entschließung der Kriegsopter.

Die Ortsgruppe Riessa der Kd. und Kd. des Sächs. Militärverbands (Kampfbund) hielt gestern im Schützenhaus ihre sehr gut besuchte Monatsversammlung ab.

Nach Beachtung durch den Ortsgruppenleiter Rnd. Wendler, der seiner Freude über den zahlreichen Besuch Ausdruck gab, wurde, nach Aufnahme von 2 neuen Mitgliedern, in die Tagesordnung eintrat. Ganz besonders wurde die 3. Notverordnung vom 5. 6. 31 besprochen. Wenn auch die große Not des Reiches von jedem Opfer verlangt, so sei doch von den maßgebenden Stellen ernstlich zu prüfen, ob einem bestimmten Kreise die geforderten Opfer zugemutet werden könnten oder nicht. Dabei müsse bedacht werden, daß die Kriegsbeschädigten und Hinterbliebenen während des Krieges reiche Opfer an Blut gebracht hätten, die höher einzuschätzen seien als andere Opfer materieller Art. In verschiedenen Beispielen erläuterte Rnd. Wendler, wie erschütternd sich die Notverordnung in vielen Fällen auswirkt und die Rentenversorgung nahezu aufhebt. Es wurde daher folgender, auf dem Placierten Verbandstage gefaßten Entschließung einstimmig zugestimmt:

Die überaus schweren Opfer, die mit der 3. Notverordnung vom 5. 6. 31 den Kriegsbeschädigten und Hinterbliebenen von neuem zugemutet werden, haben mit Recht eine allgemeine und außerordentliche Verbitterung hervorgerufen. Mit besonderer Bestürzung ist vor allen Dingen aufzunehmen worden, daß den Versorgungsbedürftigen (Beamten, Ruhegehältern, Angestellten und Arbeitern), die ihr Einkommen aus öffentlichen Mitteln beziehen, bis zu 75 v. D. ihrer Versorgungsbedürfnisse entzogen werden, und zwar außer den Opfern, die infolge der Notverordnung sonst noch mit der Allgemeinheit tragen müssen. Es kann nicht verstanden werden, daß in einem Kulturvolke dergleichen immer doppelt belastet werden, die im arbeitslosen Staat an Leben und Gesundheit dargebracht haben. Denn die Kriegsopter tragen ihre unmittelbare Kriegsfolgen und darüber hinaus mit der Allgemeinheit noch einmal die mittelbare Kriegsfolgen. Am bittersten ist aber, daß sie, die schon einmal vor dem Feinde vergeblich gekämpft und abgetötet haben, ihre neuen und zwar doppelten Opfer wiederum vergeblich bringen müssen, denn sie dienen doch nur zur Erfüllung des Tributwahns, also zur Befriedigung der Gier, aber nicht zur Rettung der deutschen Wirtschaft und des deutschen Volkes.

Wir fordern deshalb nicht nur die Abänderung der Notverordnung, sondern die Aufhebung derselben und die Beizetzung von der Kriegsschuldfrage und den Tributlasten.

Eine Regierung, die eine solche Notverordnung ausreicht erhält, und die Parteien, die sie billigen, besitzen nicht mehr das Vertrauen der Kriegsopter. Der Inhalt dieser Notverordnung zur dem Gebiete der Versorgungsweises ist ungerecht und unlogisch, er entspricht weder dem Willen des Volkstaates noch dem Geiste der Verfassung.

Die außer spannen verlaufene Verclamung erreichte gegen 10,30 Uhr ihr Ende, nachdem vorher noch verschiedene wichtige, die Versorgung betreffende Anträge auflebens beantwortet wurden.

Technische Nothilfe. In den Unterräumen der ehemaligen Kaserne an der Schützenstraße hat sich nach mühevoller Arbeit mit Unterstützung einiger Gewerkschaften und Firmen der Bereitwilligkeitsgruppe Riessa der Technischen Nothilfe e. V. ein zweckentsprechendes Nothelferheim, einen Aufnahmestützpunkt und einen Arbeitsraum hergerichtet. Am gestrigen Abend fand nun dort eine feierliche Einweihungsfeier statt. Anfangs begrüßte Herr Oberingenieur Haide, der Führer des Riessaer Bereitwilligkeitsgruppen, die Erschienenen, besonders Herrn Direktor Leber, Herrn Stadtverordneten Schlotterbeck und die Presse, herzlichsten Dank sollte er den liebenswürdigen Sponsoren, durch deren Gabe es möglich war, auch in Riessa ein Nothelferheim zu errichten. Er übergab das Heim der Nothelfergruppe mit den besten Wünschen. Sodann nahm Herr Oberingenieur Huban, Dresden, der sächsische Landesführer, Gelegenheit, Anerkennung dem Riessaer Bereitwilligkeitsgruppe mit seinem verdienstvollen Führer für die Erfüllung des neuen Heims auszusprechen und die Glückwünsche der Leitung der Technischen Nothilfe zu überbringen. Für besondere Verdienste wurden mit der vergoldeten Nadel vier Leute vom Riessaer Nothelfergruppe vom Landesführer ausgezeichnet. In seinen weiteren Ausführungen kam er sodann auf die Zwecke und Ziele der Technischen Nothilfe zu sprechen. Herr Huban betonte, daß die Richtlinien der Teno vom Reichsminister des Innern genehmigt seien. Die Technische Nothilfe bezwecke bei Katastrophen helfend einzugreifen, lebenswichtige Betriebe wieder in Gang zu bringen, sich bei höherer Gewalt einzusetzen. Ohne Unterschied des Standes, der Partei und der Konfession würden sich die Bereitwilligkeitsgruppen zur Verfügung stellen. Wirtschaftlich und politisch sei die Teno, was vielfach noch erkannt werde, neutral. In Sachsen habe der Wirtschaftsminister den Befehl zum Einsatz der Teno auszusprechen. Im Anschluß an die Worte des Landesführers bekam man einen Film aus dem Katastrophengebiet vom 9. Juli 1927 aus dem Müllig- und Gottensbatal zu sehen, wo 251 Tenoleute in 77.000 Arbeitsstunden unendlich viel Not mit lindern halfen. Weiterhin gelangte der Film von der Katastropheneinigung am 14. 6. 31 in Meissen, an der auch der Bereitwilligkeitsgruppe Riessa beteiligt war, zur Aufführung. Auch dieser Filmstreifen gewährte einen vorzüglichen Einblick in die ersprießliche Tätigkeit der Technischen Nothilfe. Nicht vergessen sei, daß von einem Riessaer Nothelfer für die Ausbesserung des Heims ein hübsches Tischbanner in Handarbeit (Teno-Beichen) und von einem Herrn aus Meissen eine Domzeichnung mit den besten Wünschen überreicht wurden. Die musikalische Ausgestaltung des Abends (Schallplatten-Vorträge) hatte in liebenswürdiger Weise das Musikhaus Werner übernommen. Zum Schluß nahm dann Herr Haide noch einmal das Wort, um nochmals zu danken. Er schloß

den offiziellen Teil der Feier mit dem Motto der Technischen Nothilfe: „Dem Volke zum Schutz, der Not zum Trub.“ Der wackeren Nothelfergruppe ein Glück auf!

Der gestrige Tag, an dem auch in Riessa die Kommunisten zu Erwerbslosendemonstrationen aufgerufen hatten, die aber verboten worden waren, ist an und für sich ruhig verlaufen. In der Stadt herrschte in den Abendstunden wohl etwas mehr Verkehr als an den sonstigen Tagen, am Rioss und anderen Straßenecken fanden Gruppen Kommunisten zusammen, zu einer Demonstration kam es aber nicht.

Im „Capitol“ bekommt man jetzt den Universal Ton- und Farbenfilm „Der Fasstönig“ mit Paul Wittemann in der Hauptrolle zu sehen. Wittemann ist geborener Amerikaner und begeisterter Anhänger der neuen Musik. Mit 17 Jahren spielt er schon in einem großen Orchester in San Francisco, zwei Jahre später hat er bereits ein eigenes Orchester. Und von da schreitet er von Erfolg zu Erfolg. Es ist daher auch kein Wunder, daß er vom Film gelockt wurde. Carl Laemmle engagierte ihn mit einer hohen Gage. Phantastisches hat er geschaffen. Näheres über den Film ist aus dem Inserat in der gestrigen Ausgabe unserer Zeitung zu erfahren.

Waldgottesdienst im Solfwald. Am Sonntag, den 19. Juli, nachmittags 1/4 Uhr, findet bei der Waldhütte am Bismarckstein wiederum ein Waldgottesdienst statt. Die Predigt hat Herr Parrer Michael aus dem benachbarten Rechwitz übernommen. Die musikalische Begleitung und Ausgestaltung liegt in den bewährten Händen des Herrn Kantor Wüller und seines beliebten Vokalensembles von Trinitatis, Reichen-Hschella, Freundschaftlicher Pöster, und wieder wird die altbewährte Sitte Hunderte von Menschen aus Stadt und Land zu erhebender Gemeinschaft bestimmen. Der Kurortverein Dörsch und Umgebung ladet alle ein, die am Erlebnis einer würdigen Sonntagsgottesfeier inmitten bezaubernder Natur teilhaben wollen.

Studenten als Erntebelcker! Der Fachauschuss der Studierenden der Landwirtschaft an der Universität Leipzig bittet uns, folgendes mitzuteilen: Die großen dreimonatigen Hochschulkurien (August bis Oktober) stehen vor der Tür. Wiederum suchen eine große Anzahl Studenten aller Fakultäten einen Arbeitsplatz als Erntebelcker auf dem Lande. Diese schon seit einigen Jahren bestehende Einrichtung hat sich bisher bestens bewährt. Der Landwirt hat in diesen Studenten fleißige und bewährte Arbeiter gefunden. Der Student hat das Leben und die Sorgen des Landwirtes kennen und verstehen gelernt, er hat zu einem guten Teile zur Ueberbrückung der Lücke zwischen Land und Stadt beigetragen. An alle Landwirte richten wir die Bitte, sich mit uns in Verbindung zu setzen, falls sie bereit sein sollten, Erntebelcker einzustellen. Ausführliche mit näheren Angaben und möglichst bald zu richten an den: Sachauschuss der Studierenden der Landwirtschaft, a. D. cand. agr. B. Hell, Leipzig-G. 1. Johannisallee 21.

Die Polartahrt des Luftschiffes „Graf Zeppelin“ wird Sammlern eine besondere Gelegenheit geben, seltene Marken zu erhalten. Die deutsche Reichspost wird drei besondere Marken mit Aufdruck „Solarfahrt“ ausgeben, welche speziell zur Finanzierung dieser Post bestimmt sind und bei jedem weiteren Poststempel in nächster Woche erhältlich sein werden. Mit diesen Marken finanzierte Postkarten oder Briefe — die an jede Adresse sind bis spätestens 22. Juli in einem Umschlag an das Postamt Friedrichshagen (Zeppelinpost) zu senden, welches die Sendungen zur Weiterbeförderung dem Luftschiff „Graf Zeppelin“ übergibt. Das Porto für Sendungen, welche bis Leningrad mit dem Luftschiff befördert werden sollen, ist 1 RM. für eine Postkarte und 2 RM. für einen Brief, Sendungen, welche bis zum Polargebiet (Grönland-Johannisland oder Eisbrecher „Maligin“) befördert werden sollen, kosten 2 RM. für eine Postkarte und 4 RM. für einen Brief Porto. Auf den Sendungen ist nach anzugeben, ob die Post bis Leningrad, Grönland-Johannisland oder „Maligin“ mit dem Luftschiff befördert werden soll. Sollten die Sondermarken beim Postamt nicht erhältlich sein, so können die Sendungen auch unfrankiert unter gleichzeitiger Ueberweisung des Portoertrages an das Postamt Friedrichshagen gesandt werden. Die Sendungen erhalten außerdem noch besondere Stempel Luftschiff „Graf Zeppelin“ Polartahrt.

Der Vertreter der evangelischen Kirche Deutschlands bei dem Begräbnis Soederbloms. Als Vertreter der evangelischen Kirche Deutschlands wird Bischof Ludvig Jhmel aus Dresden an dem Begräbnis von Erzbischof Soederblom in Upsala teilnehmen. Am kommenden Sonntag findet in der deutschen St. Vertrud-Kirche in Stockholm ein Gedächtnisgottesdienst statt, den gleichfalls Bischof Jhmel leitet.

Landwirt für Berufsschuldverantw. verantwortlich. Das Kammergericht Berlin hat in einem Urteil festgestellt, daß ein Landwirt, der in seiner Landwirtschaft berufsschuldliche Personen beschäftigt, für den Besuch der Berufsschule durch diese Personen persönlich verantwortlich bleibt und diese Verantwortung nicht mit strafbefreiender Wirkung auf seine Angestellten abwälzen könne.

Lohnregelung in der Elbebinnen-Schiffahrt. Die Pressstelle beim Landesausfahrsächsischer Arbeitgeberverband teilt mit: Für die Binnen-Schiffahrt auf der Elbe war ein Schiedspruch des Schlichtungsausschusses Hamburg gefaßt worden, der einen 9 bis 10prozentigen Lohnabbau vorsah. Die Verbindlichkeitsklärung wurde vom Reichsarbeitsminister abgelehnt. Freie Verhandlungen führten jetzt zu einer Vereinbarung zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmern, die eine 11prozentige Lohnminderung vom 1. Juli 1931 bis 31. März 1932 vorsieht.

Jungdeutsche haben nicht das Wort in den internationalen Versammlungen. Unter dieser Kennmarke brachten wir am 6. Juli ein Wort aus der „Deutschen Front“. In den ungeheuerlichen Anwürfen, die in jener Zeitschrift gemacht wurden, nimmt nun August Abel, M. d. L., im „Der Jungdeutsche“ wie folgt Stellung: „Deutschnationaler Schwindel. Die deutschnationalen Zeitschrift „Deutsche Front“ hat über eine in Dippoldiswalde veranstaltete jungdeutsche Versammlung einen durch und durch verlogenen Bericht veröffentlicht. U. a. schwindelt das Blatt seinen Lesern vor, ich hätte gesagt: „Wir sind doch nicht so dumm wie Sie, unsere Gegner zur Aussprache zuzulassen.“ In Wirklichkeit habe ich festgestellt, als sich zwei Deutschnationale zur Aussprache meldeten, daß es sich bei der Veranstaltung um eine Kundgebung mit Fragebeantwortung handelte und daß nirgendwo, weder schriftlich noch mündlich, von der Zulassung einer freien Aussprache die Rede gewesen ist. Ich habe den beiden Herren erklärt: „Glauben Sie vielleicht, wir wären so dumm, durch unsere Veranstaltungen Ihnen die Säle zu fällen?“ Was andere bei der Vorsitzende der Deutschnationalen Volkspartei, Herr Gehrenrat Hugenberg, vor längerer Zeit in Weizsäcker gebrochen. Diese deutschnationalen Versammlung war genau so ausgefallen, wie die jungdeutsche Versammlung in Dippoldiswalde. Nach den Ausführungen Hugenbergs erbot ich schriftlich das Wort zur Disposition. Keine schriftliche Anmeldung wurde mir mit dem Bemerkten zurückgegeben, ich befände das Wort nicht. Es ist also gar nicht einzusehen, warum die „Deutsche Front“ und der Landesverband der Deutschnationalen Volkspartei in Sachsen sich darüber aufregen, daß Deutschnationale in der jungdeutschen Versammlung das Wort nicht erhalten haben! Oder sollten die deutschnationalen Herrschaften vielleicht annehmen, sie seien mehr als wir?“

Ein Antrag der Volkspartei. Der Landesvorsitzende (Sachsen) der Volkspartei erklärt folgenden Antrag zum 16. Juli 1931: Am 6. Jahrestag der Aufwertungsgefehle rufe ich alle Stadt- und Gemeindevorstände und alle Ortsgruppenführer des Sparerbundes und der Volkspartei auf, die Mitglieder ihrer Ortsgruppen sofort zusammenzurufen und in öffentlichen Kundgebungen Maßnahmen zur Wiederherstellung des deutschen Rechts, des deutschen Inlandsparkapitals und des Vertrauens des deutschen Volkes in die inländischen Wertanlagen zu fordern. Die Sparermühen steht an erster Stelle um die Reste ihrer Sparvermögen, die ihnen eine für das ganze Deutsche Volk aller Schichten und Stände verhängnisvoll gewordene ungerechte Gesetzgebung noch gelassen hat. Sie sollen die grünen Fahnen der Volkspartei entgegen dem Kampf für eine Neuordnung der inländischen Verhältnisse, für ein geordnetes und gerechtes Staatswesen und ein freies deutsches Volk und Vaterland.

Der 9. Stenographentag der Schule Stotze-Schrey wird vom 30. 7. bis 2. 8. 1931 in Breslau abgehalten. In einer öffentlichen Kundgebung am Sonntag im Breslauer Konzerthaus wird Oberstudienrat Prof. Morgenstern-Berlin über das Thema „Kurzschritt und Kultur“ sprechen. Die mit der Tagung verbundenen Wettbewerbe erstrecken sich auf Deutsch-Schnellschreiben, Wortschreiben in 10 Fremdsprachen, Weisfelsen; mit der Tagung verbunden ist ferner eine Ausstellung.

Türkenbund. Der Türkenbund (Klium Martagon) ist in unseren Wäldern ein seltener Siedler geworden. Vielleicht könnte das damit zusammenhängen, daß viele andere Siedler die letzten Vertreter dieser seltensamen Sippe mit Stumpf und Stiel ausgerodet haben, um sie in ihren Gärten zu verpflanzen. Die sonderbaren Blüten mit ihren dunklen Flecken haben's den meisten angetan. Finden sie auf ihren Wanderungen eine solche Pflanze, dann ist meist keine Freude mehr an dem sonderbaren Gewächse, denn es kommt verflucht zum Vorschein, aber sie haben den traurigen Krumm, die einheimische Flora wieder um ein seltenes Stück beraubt zu haben, für das es kaum Ersatz gibt. Seitdem der Türkenbund unter behördlichen Schutz gestellt ist, achten wahrhaftige Naturfreunde mit Argusaugen auf die Waldbrüder, die sich naturförmlich betätigen wollen. Rücksichtsloses Vorgehen allein kann der noch größeren Rücksichtslosigkeit der Freiber begehnen. Wer seine Heimat und ihre letzten Schätze nicht zu schonen weiß, der verdient selbst feinerer Schonung. Mit lauten Ausreden, man habe nicht gewußt, daß es sich um eine geschützte Pflanze handelt, kann sich niemand ausreden. Wer Achtung vor allen Gewächsen hat und sie alle stehen läßt, kommt nicht erst in Gefahr, sich strafbar zu machen und das Schandmal eines Frevels auf sich nehmen zu müssen.

Treu und Glaube im Arbeitsrecht. Das Reichsarbeitsgericht hat in einem Urteil (RAB. 445/30) darauf hingewiesen, daß alle Verträge, auch Arbeitsverträge und die sich aus ihnen ergebenden Erfüllungspflichten unter der Herrschaft von Treu und Glauben stehen. Wie man danach, so sagt das Gericht, bei Betriebsänderungen, die unter das vom Unternehmer zu tragende Risiko fallen, eine Ausleihschlichtung der Arbeiter ohne Ueberstundenvergütung in der Regel verneinen werde, müsse man sie in den Fällen, in denen der Arbeitsausfall durch vertragswidrige Arbeitsveränderung der Beschäftigung verursacht ist, unbedingt bejahen. § 6a der Arbeitsvertragsverordnung (AVV.) verleihe dem Arbeitnehmer einen privatrechtlichen Anspruch auf Ueberstundenvergütung dann nicht, wenn ihm auf Grund des § 1 Satz 3 AVV. mit Recht eine Ueberverbreitung der achtstündigen Arbeitszeit, aber nicht der 48stündigen Arbeitswoche zugemutet werde. Wenn ein Tarifvertrag schließlich jede Ueberstunde für zulässig erklärt, so dürfe doch mangels entgegenstehender Umstände davon ausgegangen werden, daß die tarifvertragliche Regelung von der gesetzlichen nicht abweichen wolle, daß also eine im Rahmen des § 1 Satz 3 AVV. und des Arbeitsvertrages zulässigerweise angeordnete, innerhalb der 48stündigen Arbeitswoche liegende Ueberverbreitung des achtstündigen Arbeitstages keinen Anspruch des Arbeitnehmers auf Lohnzuschlag auslösen solle.

Bergweien. Die Bergweien sind nach der Generete im Tal erfahrungsgemäß beliebte Zielobjekte der Sonntagsausflügler, die auf den Höhen dem alten Blumenfior begehnen wollen. Im Tale ist er darin; im Gebirge beginnt seine Hochzeit. Es bedarf sicher nur dieses Hinweis, daß ein Betreten der Weien ein Unflug ist und daß man nicht etwa wegen der zu erwartenden Strafen auf den Wegen zu bleiben hat, sondern aus Achtung vor der Arbeit der Besther, die gerade im Gebirge oft fast ganz auf den Ertrag ihrer Weien angewiesen sind. Schon die Natur, läßt die Blumen stehen, läßt die Kinder auf und balzt enere Kitzmenschen an, ein Gleiches zu tun!

Pensionen sind an der Konkursmasse beteiligt. Wie das Reichsarbeitsgericht in seinem Urteil RAB. 536/30 festgestellt hat, gehören nicht zu den Waffenschulden die Verpflichtungen des Konkursschuldners aus Ausbehaltsansprüchen früherer Arbeitnehmer. Solche Ansprüche müssen deshalb zur amtlichen Befriedigung aus der Konkursmasse angemeldet werden.

Die Zahl der Selbstmorde gestiegen. Die Zahl der Selbstmorde in Deutschland ist nach ihrem zeitweiligen Rückgang in den wirtschaftlich günstigeren Jahren 1927 und 1928 im Jahre 1929 mit dem Beginn der gegenwärtigen Wirtschaftskrise wieder erneut angestiegen. Es starben im Jahre 1929 in Deutschland insgesamt 16.666 Personen durch Selbstmord, das sind 629 Personen mehr als im Jahre 1928 und 186 mehr als in dem wirtschaftlich sehr ungünstigen Jahre 1926. Am stärksten zugenommen hat die Zahl der Selbstmorde im Jahre 1929 in Berlin, Brandenburg und Ostpreußen, in Württemberg, Baden, Thüringen, Hessen und Bremen. Andere Teile des Reiches hatten dagegen zunächst noch einen Rückgang der Selbstmordfälle zu verzeichnen, so insbesondere Schleswig-Holstein, Hannover und Oldenburg.

Schon- und Jagdmaßnahmen. Das Wirtschaftsministerium hat auf Grund des Jagdgesetzes für die Zeit vom 1. Juli 1931 bis 30. Juni 1932 angeordnet, daß Jagdweiden innerhalb der nach § 37 des Jagdges. Bst. 1, 2 u. 8 für den Abschluß freigegebenen Zeiten geschlossen werden darf. Die Jagdausübungsberechtigten sind verpflichtet, der Jagdaufsichtsbehörde innerhalb 24 Stunden die Stückzahl, das Geschlecht und bei weiblichen Stücken die Endzahl des erlegten Rotwildes schriftlich anzuzeigen. Höchstes Fahren nur in der Zeit vom 1. Juli bis mit 15. Oktober 1931 gebohen, weibliches Rotwild darf in der Zeit vom 16. Oktober bis mit 15. Dezember 1931 erlegt werden. Beabsichtigt ein Jagdausübungsberechtigter Rotwild auf Treibjagden zum Abschluß zu bringen, so hat er spätestens 24 Stunden vor der Treibjagd der Jagdaufsichtsbehörde hiervon unter genauer Angabe von Tag, Stunde und Ort (nähere Bezeichnung des Revieranteils), an dem die Treibjagd auf Rotwild stattfinden soll, Mitteilung zu machen.

Vorsicht beim Umgang mit Benzin. Unvorsichtige Bemühung von Benzin hat vor einigen Tagen wieder ein Menschenleben gefordert. In Sremsberg ereig-

nere sich eine solche Benzinerplosion, wie sie sich schon so häufig ereignet hat durch unvorsichtige Benutzung von Benzin in Haushaltungen, beim Reinigen von Kleidungsstücken. Als das Fräulein S. und ihre in ihrem Haushalt lebende Nichte Fräulein K., bei dieser Beschäftigung waren, stiegen die sich dabei bildenden Gase durch Blut, die sich noch vom Tage vorher im Ofen befand, Feuer, das auch die zum Reinigen bestimmten Kleider und auch die Kleidung der beiden Frauen ergriff. Fräulein K. ist an den Folgen dieses Unfalles gestorben, Fräulein S. liegt noch im Krankenhaus. Außerdem ist durch die Explosion ein erheblicher Sachschaden entstanden. Immer wieder muß darauf gewarnt werden, derartig leichtsinnig Leben, Gesundheit und Sachwerte zu gefährden. Wie oft ist bereits darauf hingewiesen worden, daß Benzingase, die sich mit der atmosphärischen Luft gemischt haben, außerordentlich explosiv sind. Die Benzindämpfe sind bekanntlich schwerer als die atmosphärische Luft, bewegen sich also am Boden entlang den hier herrschenden Strömungen und kommen so auch an weiter von der Benzinquelle entfernte Feuerstellen, an brennende Röhren usw. heran, entzündend sich dort und explodieren. Schon 25 Teile Benzindämpfe auf 100 Teile Luft, also ganz geringe Mengen, lassen das gefährliche Explosionsgemisch entstehen. Selbst das Öffnen der Fenster bei solchen Arbeiten wirkt keineswegs als Vorbeugungsmaßnahme, weil die schweren Benzindämpfe doch auf dem Boden ruhen und nicht abziehen können. Also nochmals: „Vorsicht mit Benzin!“

Dschag. Seltene Treue im Beruf. Mit dem gestrigen Tage trat Prof. Karl Seifert, bisher tätig bei der Firma G. O. Ruster, in den wohlverdienten Ruhestand. Am 1. Juli waren 41 Jahre vollendet, in denen er seine ganze Kraft dem Unternehmen gewidmet hat. In voller Manneskraft im Alter von 37 Jahren, begann er hier seine Tätigkeit. Mit seltener Treue und unermüdetem Fleiß hat er mehr als vier Jahrzehnte seinen Chef gedient.

Raudorf. Schadenfeuer. Am Dienstagabend in der ersten Stunde brach bei dem Gutbesitzer Alfred Schmidt in der Scheune Feuer aus. Weithin leuchtete der Feuerschein und rötete den Nachthimmel. Das Feuer griff sehr rasch um sich, so daß die anliegenden Häuser ihre Scheunen räumen mußten. Trotz der Windstille fiel noch der Stall den Flammen zum Opfer. Beide Gebäude sind bis auf die Umfassungsmauern niedergebrannt. Durch Eingreifen der Motorpistole von Großenhain wurde weiteres Ausbreiten des Feuers verhindert. Sämtliches Vieh konnte gerettet und bei Gutbesitzer Rob. Rütke untergebracht werden. Die Gebäude waren alle massiv und in gutem Stande. Die Ursache des Brandes konnte noch nicht festgestellt werden, doch soviel steht fest, daß nach Öffnen des Tores zur Scheune der Brandherd unten bemerkt wurde. Der Geschädigte ist verheiratet. Außer der Raudorfer Söhne und der Großenhainer Motorpistole war noch die Söhne von Holzner zur Stelle. In der Scheune haben nur wenige Getreidevorräte gelagert. Nur dem schnellen Eintreffen der Großenhainer Motorpistole ist es zu danken, daß das Feuer nicht weiter um sich griffen hat. Es ist eine Belohnung von 10.000 Mark vom Kriminalamt Dresden ausgeföhrt worden.

Wägeln. Das neue Postgebäude ist am Montag, den 6. Juli, in Betrieb genommen worden. Die vom Postamt bisher auf dem hiesigen Bahnhofs innewohnenden Räume werden für Postzwecke umgebaut, so daß der ganze Bahnhof mehr den Verkehrsbedürfnissen entsprechend gestaltet wird.

Mägeln. Der verlaufene Sohn. Der in Mägeln Ende Juni in Schubhaft genommene und später dem Bezirkskrankenhaus zugeführte 18 Jahre alte Stumme und geisteschwache Mensch konnte seinen Eltern, dem Eisenarbeiter Karl Meißner in Vohwitz bei Torgau, zurückgegeben werden. Er gab an, daß er durch eine Bekannte seiner Familie in Dresden erfahren habe, daß in Mägeln bei Dschag ein Unbekannter aufgegriffen worden sei. Es wurden dann die von der Kriminalpolizeiabteilung in Dresden ausgehängten Visitenkarten angeschaut und dabei gefunden, daß der Unbekannte der Sohn Meißners sei. Schnell waren die Eltern hier zur Stelle und konnten freudig erregt den Sohn wiedersehen und mit heimnehmen. Richard Meißner ist das jüngste Kind von 13 Geschwistern. Er war am 27. Juni auf Heidelbergstraße in den Wald gegangen und hat sich dabei verirrt. Er ist von scheinbar Unbekannten ein Stück des Weges mitgenommen worden. Bis er schließlich in die hiesige Gegend kam und dann in Mägeln in Schubhaft genommen werden mußte.

Siebenlehn. Im Alter von nahezu 93 Jahren verstarb hier die älteste Einwohnerin von Siebenlehn, die Gutsbesitzerin Frau Weinhardt.

Dresden. Ein rätselhafter Vorgang. Am 23. v. Mts. war im Stadtort Fischbach, wie gemeldet, ein unbekannter Mann erhängt aufgefunden worden. Hierin hat jetzt ein hiesiger Einwohner folgendes angesetzt: Er sei am 28. Mai abends in der 9. Stunde mit seinem Freunde auf der Rückkehr von einer Radtour etwa 800 Meter hinter Fischbach von einem Automobil überholt worden. Dieses habe kurz vor ihnen dann gehalten und einen Mann abgesetzt, der sofort im Finstern durch den Straßengraben in den Wald ging, während das Auto mit seinen zwei Insassen in schnellem Tempo davon gefahren sei. — Es wird nun vermutet, daß es sich bei diesem Manne um den später aufgefundenen Toten handelt, der wahrscheinlich auf sein Aufsehen durch die Automobilisten unterwegs ein Stück mitgenommen wurde und denen gegenüber er vielleicht Angaben über Namen, Herkunft und Aufenthalt gemacht hat. Das Landes kriminalamt ist mit der Aufklärung des Falles beschäftigt.

Dresden. Unannehmens Bekanntheit. Ein Reisender aus Brügge zeigte am Dienstag der Kriminalabteilung an, daß ihm ein Unbekannter, den er angeblich auf dem Neumarkt kennengelernt hatte, am Nachmittag in der Bedürfnisanstalt einer Schankwirtschaft seine Brief- und Geldtasche abgenommen habe. Gestohlen wurden etwa hundert Mark und sieben Taschenuhren sowie verschiedene Papiere auf den Namen Wenzel Schmid aus Leipzig. Der Täter soll 28 bis 30 Jahre alt sein.

Dresden. Nächtlicher Bahnbrückenwechsel. In der Nacht vom Dienstag zum Mittwoch wurde nach umfangreichen Vorarbeiten die etwa 30 Meter lange Bahnbrücke über die Wilde Weiskerz zwischen Gainsberg und Cohnannsdorf durch eine neue Brücke, die neben der alten liegt und etwa einen Meter höher ist, ersetzt. Die Ueberleitung der Geleise auf die neue Brücke dauerte etwa 7 Stunden und ging glatt vonstatten.

Dresden. Ein Kind tödlich überfahren. Am Mittwoch nachmittags in der 2. Stunde wurde auf der Hällnerstraße ein sieben Jahre altes Mädchen von einem Lieferkraftwagen überfahren und sofort getötet. Nach den bisherigen Ermittlungen dürfte den Kraftwagenführer keine Schuld treffen.

Rönigstein. Hohes Alter. In Grand bei Rönigstein konnte am 14. Juli Frau Wilhelmine verw. Neumann ihren 90. Geburtstag feiern.

Leipzig. Verbot von Versammlungen gegen die Finanzmaßnahmen. Um die Erregung der Bevölkerung über die letzten Ereignisse nicht weiter zu steigern, hat das Polizeipräsidium alle öffentlichen politischen Versammlungen, die sich mit Zahlungseinstellungen usw. befassen, gemäß § 1 der Verordnung des Reichspräsidenten vom 21. März 1931 verboten. Von dem Verbot sind betroffen worden alle Versammlungen der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei, eine Versammlung der Volksrechtspartei und eine Versammlung der Komm. Partei.

Bad Lausitz. Beim Herabziehen lebensgefährlich verunglückt. Durch eine explodierende Kobaltessigsäure wurde dieser Tage ein hiesiger Geschäftsmann, als er gerade beim Herabziehen war, lebensgefährlich verletzt. Die umherfliegenden Eisensplitter der Flasche zerrissen ihm die Schlagader und Muskel. Sofortige ärztliche Hilfe rettete den Verunglückten vor dem Verbluten.

Geringswalde. Nach langer Krankheit ist der im Ruhestand lebende Geringswalder Schuldirektor M. Pöhlitz verstorben.

Chemnitz. Mutter und Tochter gestorben. Am 8. Juli ist Ede Schobauer und Tochterstraße eine Frau von einem Kraftwagen überfahren worden. Im Krankenhaus ist die Frau inzwischen ihren Verletzungen erlegen. Die 20 Jahre alte Tochter nahm sich den Tod ihrer Mutter so zu Herzen, daß sie bald darauf an Herzschlag verstarb.

Chemnitz. Flugtag. Am kommenden Sonntag fährt die Sächsische Fliegenschule in Chemnitz einen Flugtag durch, bei dem u. a. auch der bekannte Senefflieger Wolf Dietz mit seinem Flugzeug, mit dem er vor einiger Zeit stundenlange motorlose Flüge über Kappart ausführte, starten wird. Außerdem wird die Fallschirmflottille Frau Schröder-Vorsee einen neuartigen Fallschirm vorführen.

Chemnitz. 90 Jahre. Der Stationschef i. R. Wilhelm Sachle in Chemnitz feierte am Mittwoch seinen 90. Geburtstag. Aus diesem Anlaß gingen ihm Glückwunschkarten des Reichsbahnpräsidenten und des Präsidenten der Reichsbahndirektion Dresden mit einem namhaften Geldgeschenk zu.

Dainichen. Todesfall. Dieser Tage verschied nach nur kurzem Krankenlager Stadtrat Juwelier Paul Krause. Eine der bekanntesten Persönlichkeiten unserer Stadt ist mit ihm aus dem Leben geschieden. Eng ist sein Name mit der Geschichte unserer Stadt verknüpft. Ueber dreißig Jahre, seit 1897, gehörte er den städtischen Körperschaften als Stadtverordneter, Stadtverordnetenvorsteher und Stadtrat an.

Dainichen. Eine trübe Erinnerung. Es sind 90 Jahre verfloßen, seitdem Dainichen durch einen gewaltigen Brand zum größten Teile vernichtet wurde. Am 14. Juli 1892 nachts 1 Uhr war in einer Scheune, die am Oberen Stadtplatz an der Ecke der heutigen Turnstraße gelegen hat, vermutlich durch Selbstentzündung Feuer ausgebrochen. Durch einen scharfen Westwind verbreitete sich der Brand sehr schnell weiter, ergriff bereits nach einer Viertelstunde die Häuser am Markt und in der Langen Straße und auch noch das Hospital. Die Kirche, die dicht hinter dem brennenden Rathaus auf dem heutigen Gellertplatz stand, wurde durch eine plötzlich eintretende Drehung des Windes vom Feuer verschont. Durch schnelle und reichliche Hilfe von nah und fern ist es damals möglich geworden, das wieder aufzubauen, was des Feuers Zutun vernichtet hatte. Noch heute tragen zahlreiche Häuser, die in dem abgebrannten Teile der Stadt vernichtet wurden, die Jahreszahlen ihrer Erbauung 1892 und 1893. Nach dem Brande hat das alte Dainichen die Gestalt gewonnen, die es heute noch hat. Neu angelegt wurde damals der Häuserblock zwischen Schulplatz und Friedelstraße mit 30 Häusern. Das alte Rathaus hat drei Jahre im Schutt gelegen, das neue konnte erst im Jahre 1897 eröffnet werden.

Gersdorf (Bez. Chemnitz). Unvorsichtiges Spiel mit der Schusswaffe. Im Grundstück des Landwirts Reichsmann wollte gestern ein landwirtschaftlicher Gehilfe seinem Freunde ein veraltetes Gewehr vorführen. Durch unvorsichtige Handhabung der Waffe entlud sich diese. Die Schrotladung drang dem Freunde in den Hals, so daß er schwer verletzt ins Lichtenfelser Krankenhaus eingeliefert werden mußte.

Gersdorf. Ein Polizeibeamter überfallen. Hier wurde nachts der Polizeibauwächmeister Sad von mehreren jungen Burischen angegriffen und niedergeschlagen. Der Beamte erlitt so erhebliche Verletzungen, daß er seinen Dienst nicht ausüben kann. Die Täter konnten ermittelt werden.

Pockau. Beim Zaubersteinbau verunglückt. Dienstagabend verunglückte der Arbeiter Oswald Fritzsche aus Niederlauterstein dadurch schwer, daß er von einer Maschine gegen die Betonwand gedrückt wurde. Fritzsche wurde in das Marienberger Krankenhaus eingeliefert, wo er noch in der Nacht seinen fürchterlichen Verletzungen erlegen ist.

Stollberg. Den Verletzten erlegen. Der am Sonntag in Riederort bei einem Zusammenstoß mit einem Chemnitzer Kraftwagen schwer verunglückte Motorradfahrer Windisch aus Seifersdorf ist im Stollberger Krankenhaus verstorben, ohne das Bewußtsein wiedererlangt zu haben. Der Beifahrer war bei dem Unfall sofort getötet worden.

Krusfeld. Ein guter Griff. Ein hiesiger Einwohner beobachtete einen fremden Radfahrer, der auf einem ziemlich neuen Rade durch den Ort fuhr und einen sehr schmerzhaften Eindruck machte. Man begab den Verdacht, daß das Rad gestohlen sei und wurde darin noch verstärkt, als der Radfahrer einen Arbeiter anhält und ihn zu einer Reparatur um einen Mutterschlüssel bat. Man nahm ihn kurzerhand fest, und tatsächlich mußte der Burische, ein männlicher Staatsangehöriger, angeben, das Rad in Rönigswalde gestohlen zu haben. Der Dieb wurde dem Jüdischhader Amtsgerichtsgenauis zugeführt.

Klingenthal. Wegen der Herausnahme der Heimarbeit aus der Arbeitslosenversicherung. Die Stadtverordneten nahmen gelegentlich der Haushaltsplanberatung einstimmig eine Entschließung an den Sächsischen Gemeinderat und den Bezirksverband an, in der gegen die Bestimmung der letzten Verordnung protestiert wird, durch die die Heimarbeiter und Hausgewerbetreibenden ab 1. November aus der Arbeitslosenversicherung herausgenommen werden und den Gemeinden zur Last fallen, obwohl die Arbeitgeber ihre Beitragsbälte weiter bezahlen müssen. Da der Klingenthaler Bezirk dadurch besonders betroffen werde, wird für ihn eine Ausnahme verlangt.

Mühlberg. Der am Montag hier aus der Elbe geborgene Tote ist der 12 Jahre alte Schulknabe Rudolf Rammann aus Meichen, welcher am Sonnabend beim Baden ertrank. Auf dem hiesigen Friedhofe erfolgte seine Beerdigung.

Galle. Todessturz aus 15 Meter Höhe. Ein auf Besuch bei einer hiesigen Familie am Neumarkt weilendes junges Mädchen, das sich auf die Brüstung des Trodenbuchs gesetzt hatte, fiel aus 15 Meter Höhe herab in den Garten. Mit schweren inneren Verletzungen wurde das Mädchen dem Diakonissenhaus zugeführt, wo es bald darauf verstarb.

Trebnitz (Kr. Weiskerz). Bei der letzten Schicht verunglückt. Auf der Grube „Emilie“ verunglückte der Arbeiter Harweg aus Trebnitz beim Transport eines Kessels schwer. Eine schwere Kesselwinde, die plötzlich abzurang, schlug dem Unglücklichen mit voller Gewalt gegen Brust und Schulter. Mit schweren inneren Verletzungen wurde Harweg dem Anaphtalkrankenhaus Hohenmölsen zugeführt. Besonders traurig ist der Unfall deshalb, weil Harweg gekündigt war und seine letzte Schicht verfuhr.

Aus dem Otschaber Bezirksauschuß.

Von einer neuen Straße Nielsa-Mühlberg?

Otschag. In der letzten Sitzung des Bezirksauschusses der Amtshauptmannschaft Otschag entspann sich eine längere Aussprache über die Ausgestaltung der Wegebauhilfen. Obwohl die hierfür verwendeten Kraftfahrzeugsteuererwerbungen nur in monatlichen Raten eingehen, hat der Bezirksverband bisher die Auszahlung der Wegebeiträge unabhängig vom Eingang der Ueberweisungen vorgenommen. Für das laufende Rechnungsjahr läßt die angespannte Finanzlage dieses Verfahrens nicht mehr zu. Um aber den Gemeinden, die die Beitragen dringend für Material und Löhne brauchen, entgegenkommen zu können, wurde die Aufnahme eines Ueberbrückungskredits bei der Kreditanstalt Sächsischer Gemeinden beschlossen. Weiter wurde erneut über den Bau einer neuen Straße Nielsa-Mühlberg verhandelt, für den das Finanzministerium zur Zeit die Bewilligung von Mitteln abgelehnt hat. Im Hinblick auf die große Zahl der Wohnfahrtsverweigerer, insbesondere in der Gemeinde Gohlis, soll die Amtshauptmannschaft vorstellig werden, damit der Bau dieser Straße wenigstens für 1932 gesichert wird. Auch die großen finanziellen Schwierigkeiten, die durch den Gohliser Ortsrat am ehemaligen Truppenübungsplatz „Feldrain“ der alten Gemeinde verursacht werden, beschäftigten den Bezirksauschuß. Bereits vor mehreren Jahren hat sich die Amtshauptmannschaft, allerdings vergeblich, bemüht, die Ausbeziehung dieses Ortsteils durchzuführen. Nunmehr haben die Gemeindeverordneten erneut, und zwar einstimmig, die Ausbeziehung des Ortsteils beantragt, da die Gemeinde trotz allen staatlichen Beihilfen nicht imstande ist, die enormen Fürsorgekosten, die in dem Ortsteil erwachsen, weiter zu tragen. Der Bezirksauschuß beschloß, obwohl sich die Rechtslage inzwischen nicht geändert hat, sich erneut für die Ausbeziehung oder für eine Änderung der bestehenden unhaltbaren Zustände beim Ministerium einzusetzen. — Die Planung der Dillnitzerunterung von Mühlberg bis zur Bezirksgrenze ist bis auf geringe Differenzen fertiggestellt. Die Ausführung der Planung, für die im laufenden Jahre von der Regierung keinerlei Mittel bereitgestellt werden konnten, ist für das Jahr 1932 als besonders dringlich anerkannt worden. — Die Auszahlung der bewilligten Wohnungsbaubeiträge soll nach Maßgabe des Eingangs der staatlichen Ueberweisungen vorgenommen werden. Dem Darlehensvertrag mit dem Staat über den Teil der Wohnungsbauhilfen, der für Darlehen zur Instandsetzung von Altmwohnungen verwendet werden soll, wurde zugestimmt, vom Beitritt zum Zweckverband Landesbauförderung zur Zeit abzusehen, um neue finanzielle Lasten für den Bezirk zu vermeiden. — Im Hinblick auf die Notverordnung vom 5. Juni wurde der Arbeitsauschuß mit einer Nachprüfung beauftragt, ob eine Änderung der Richtlinien und Vorschriften über die Anrechnung von Arbeitslohnem der Erwerblosen erforderlich ist. Da es noch sehr ungewiß ist, ob, wann und in welchem Umfang die in der Notverordnung vorgesehene Befreienden Hilfsmaßnahmen für die Bezirksfürsorgeverbände wirksam werden, mußte ein weiterer Teil der vom Bezirksrat bemittelten Bezirksumlage ausgeschrieben werden, obwohl die trübselige Finanzlage sehr vieler Gemeinden des Bezirks noch anerkannt wurde. — Die bereits vor längerer Zeit im Auftrag gegebene Ueberblickskarte des Bezirks ist nunmehr fertiggestellt.

Die Lage im Unwettergebiet.

Aue. Nachdem am letzten Sonntag Zehntausende von Besuchern von nah und fern das ganze Schwarzwassertal von Schwarzenberg bis zur böhmischen Grenze bevölkerten, ist auch jetzt noch das vom Döschwitzer verlassene Gebiet täglich das Ziel vieler Hunderte von Schaulustigen. Die Aufräumungsarbeiten, die rüstig vorwärts schreiten, haben allerdings das Bild bereits wesentlich verändert, nachdem in den ersten Tagen mit Hilfe der Technischen Kommissen und der Hilfsmannschaften der politischen Organisationen mit Hochdruck gearbeitet worden war. Allenfalls wurden von der Behebung der Hilfsbereitschaft und Fähigkeit, mit der die freiwilligen Helfer ihr in den ersten Tagen zur Seite standen, dankbar anerkannt. Die Mannschaften der Lens und der übrigen Hilfskolonnen sind jetzt sämtlich aus dem Unwettergebiet zurückgezogen worden. Die Arbeiten werden nun von den zahlreichen Erwerblosen, die im Schwarzwassertal und den Nachbarorten zur Verfügung stehen, weitergeführt. Die von den Behörden und privaten Stellen sowie von Vereinen erlassenen Aufrufe zu Spenden, haben, soweit bisher festgestellt, einen betrübenden Erfolg gehabt. So wurden z. B. in der kleinen Kirchgemeinde St. Nikolai in Aue am letzten Sonntag allein 630 RM. gesammelt. Im Unwettergebiet wurden am Sonntag sämtliche Besucher zur Erhebung eines Scheines angehalten, für den 50 Mark erhoben wurden. Die Amtshauptmannschaft Schwarzenberg weist im Anschluß an eine öffentliche Dankagung an die freiwilligen Helfer auf die Schäden hin, die diese selbst durch Kleidungsverluste usw. zu tragen haben, und bittet um Spenden zu ihrem Erlas.

Was den Eisenbahnverkehr angeht, so wurde er bisher immer nur noch von Schwarzenberg bis Antonsthal durchgeführt, während die Strecke von dort bis Johanngeorgenstadt, auf der die größten Schäden an den Bahnanlagen zu verzeichnen sind, noch auf Wochen gesperrt sein wird, wenn auch die Wiederherstellungsarbeiten mit aller Beschleunigung durchgeführt werden. Das Gleiche gilt auch für die Staatsstraße von Antonsthal nach Johanngeorgenstadt. Der Sonderzug nach Karlsbad, der für den 26. ds. Mts. vorgesehen war, ist von der Reichsbahn bereits abgefragt worden. Der Verlonen- und Güterverkehr zwischen Antonsthal und Johannsthal wird mit Kraftwagen ausrechterhalten. Dabei ist die Weiskerzstraße heute dazu übergegangen, die Vergütungen für die Kraftwagenführer den tatsächlichen Kosten anzupassen, d. h. zu erhöhen, da die Strecke, die von den Kraftwagen befahren wird, die Länge der Eisenbahnlinie erheblich übertrifft.

Der Gesamteindruck, den man in dem dem Unwetter heimgekehrten Gebiet empfängt, ist nach wie vor betrüblich. Ganz wesentlich hat natürlich auch der Ferien- und Sommerfrischerverkehr, der gerade jetzt für das vom Unwetter betroffene Gebiet eine große Rolle spielt, nachgelassen. Das einzige Todesopfer der Katastrophe, der Arbeiter Hänel aus Jügel, ist unter großer Anteilnahme der gesamten Bevölkerung bestattet worden.

An unsere Postbezieher!

In diesen Tagen

stehen die Postanstalten die Bezugsgelder für Lieferung des „Meißner Tagesblattes“ im nächsten Monat ein.

Wir bitten auf pünktliche Bezahlung besonders zu achten, da nach dem 28. d. M. vom Postamt eine Sondergebühr für Verzögerung erhoben wird und außerdem mit einer Unterbrechung der „Tagesblatt“-Lieferung beim Monatswechsel zu rechnen ist.

Amtliches

Freitag, den 17. Juli vorm. 10 Uhr sollen in Lorenzkirch, Galkhof, 2 Schweine, ca. 240 Pf. Gewicht, hierauf nachm. 1 Uhr in Ritzhain-Lager, Café Fink, 1 Standuhr, 1 Kredenz versteigert werden. Riesa, 16. Juli 1931. Der Gerichtsvollzieher des Amtsgerichts.

Die Obstnutzung

des Rittergutes Mautzig ist zu vergeben. Angebote nach Kenntnisnahme der Bedingungen erbeten bis 21. Juli. Rittergut Mautzig.

Beleuchtungskörper

jeder Art

empfiehlt zu günstigen Preisen



Max Arnold
Goethestraße 63.

Nur noch wenige Tage!

Schuh-Totalausverkauf

Hauptstr. (früher Schuhmacher)

Die Preise sind weiter herabgesetzt, wir räumen rückstandslos. Großer Vorrat in Filz- und Kamelhaarschuhen, beste Eindeckungsmaßlichkeit für den Winter. Restposten in Herren- und Damenschuhen besonders billig! G. Wötcher.

Vereinsnachrichten

Freie Vereinigung ehem. 103er Riesa und Huga. Sonnabend, am 18. 7. 31, abends 9 Uhr im Gold. Löwen Monatsverf. Bahfr. Erich, erw. Militärverein Weida. Sonnabend, 20 Uhr Versammlung bei Kam. Walther. Wichtige Tagesordnung. Bahfreies Erdweinen nötig. Landbund Großenhain, Crdgr. Riesa, Den 18. bis, ab 14 Uhr nur Sprechtag.

Pfänder-Versteigerung

Sonnabend, den 18. Juli, von 9 Uhr an im Hotel zum Stern in Riesa aus dem Pfandleihhaus Curt Häbiger, Popnitzer Str. 27: Anzug- und Wintermäntel, Anzüge und Mäntel, Betten, Tisch, Bett- und Leibwäsche, Herren- und Damenkleider u. -Anbaubehälter, Ringe, Ferngläser, Geige, Grammophon u. Platten, Photoapparate, Musikstühle, Stühle, Schreibmaschine, Schnitzschubel, Barbiermesser, Haarschneider, Scheren. Riesa, Röhrichtstr. 11, den 16. Juli 1931. Paul Jähnig, verpfl. Auktionator und Lagator.

Schuhreparaturen

aller Art, Reparatur, unter Garantie der Haltbarkeit, werden auf und preiswert ausgeführt.

Ernst Hanuschke, Siedl. Neue Hoffnung 36

Moderne Schuhfabrik (pro Paar 1.- Mk.)

Gebrauchte Damenräder zu kaufen gesucht

und defekte
L. Winkler, Hauptstraße 59, Fahrrad-Gandla.

Sommersprossen!

das garantiert einzig wirksame Mittel ist und bleibt

Frucht's Schwänenweiß

Mk. 1,75 und 3,50.

Schönheitswasser Aphrodite gegen Rötter, Widel und alle Hautunreinheiten. Mark 1,75 und 3,50. Zu haben bei Rudolf Blumenstein, Hauptstr. 99.

Pferde-Verkauf!

Stelle ab heute frische ostfriesische und belgische Pferde

billig und mit voller Garantie zum Verkauf.

H. Merzdorf, Vommahsch, Telefon 65.

Von Sonnabend, den 18. 7. an, steht ein frischer Transport bestes Altmärker

Zucht- und Milchvieh

preiswert zum Verkauf.

Arno Fricke, Riesa-Gröba

Brückenstraße 2. - Telefon 405.

Geld-Lotterie
Dresdner Frauenkirche

Ziehung übermorgen. Los 1 Mk bei Staatslotterie-Einnahme

Hauptstraße 89. **Edward Selberlich.**

Grosser Saison-Ausverkauf
ab 17. Juli bis 1. August.

Gewähre auf sämtl. Artikel meines großen Lagers als:

Kleider- und Wäschestoffe, fertige Wäsche, Strümpfe, Kleider, Mäntel Anzüge, Joppen, Hosen, Westen Hosenträger, Stricksachen, Damenhüte und Strohhüte

u. v. a. m. einen Preisnachlass

von 15-50% und mehr.

Modenhaus

M. Schniebs, Glaubitz

Riesa-Gröba 16. Juli 1931 Glogau

Willy Bitterlich

Magdalena Bitterlich geb. Richter

Vermählte

Riesa-Gröba 16. Juli 1931 Glogau

Am 14. Juli verschied ganz plötzlich und unerwartet unser lieber Kollege

Herr Hermann Johne.

Wir werden sein Andenken in Ehren halten.

Deutscher Werkmeister-Verband Ortsverein Riesa-Gröba.

Stellen zur Beerdigung Freitag nachm. 1/3 Uhr am Engel.

Am Morgen des 15. Juli verschied unsere liebe Mutter und Schwester, Frau

Frieda verw. Meyer geb. Löbel

In stiller Trauer

Eduard Meyer

Walter Meyer

Werner Meyer

im Namen aller Hinterbliebenen.

Zeithain-Lager, Kochküche 8.

Am Sonnabend 1/3 vom Trauerhause aus bringen wir sie zur letzten Ruhe.

Wir danken von Herzen

für all die Liebe und Verehrung, die unserem lieben Entschlafenen, Herrn

Bäckermeister Oswald Würdig

erwiesen worden sind.

Glaubitz und Strobla, im Juli 1931.

Die trauernden Hinterbliebenen.

Beim Heimgange unserer lieben unvergeßlichen Entschlafenen

Frau Emma Pohlmann

geb. Hartung

sind uns unendlich viel Beweise der Liebe und Anteilnahme durch Wort, Schrift und herrliche Blumen-spenden zuteil geworden. Wir sagen hiermit unseren wärmsten Dank.

Die trauernden Hinterbliebenen.

Riesa, den 16. Juli 1931.

Verloren v. Arbeitsl.

bl. Janter mit Schw. Bast.

Mähe, v. Bauhiser Str. 6.

Dr. Dafen, Gr. Bel. abt.

C. Melker Str. 30.

2 leere Zimmer m. Koch-

gelegenheit zu vermieten.

Au erst. im Tagebl. Riesa.

2 Zimmer

möbl., leer oder teilmöbl.

per 1. Sept. oder früher

von berufstät. Ehepaar in

gut. Hause gesucht, Neu-

bau bevorzugt. Keine Küchen-

benutzung, dagegen Bade-

benutzung erwünscht. Ang.

u. U 1049 a. b. Tabl. Riesa.

Mk. 8000

als Hypothek auslaufend

mit Mk. 16000 auf ein

gutes Grundstück in Riesa

gekauft. Brandt. 48500.

Off. u. T 1048 a. Tabl. Riesa.

3000 Mark

auf 1. Hypothek

auf Geschäftsgrundst. gef.

Brandt. 20050. - R. M.

Unter N 1089 an das Tage-

blatt Riesa niederzulegen.

3-4000 RM.

auf Hausgrundstück gef.

Verzinsl. bis 10%. Off. u.

P 1045 a. b. Tabl. Riesa erb.

15-16 jähriges, fräutiges Mädchen

für sofort oder 1. 8. 1931

gesucht. Off. unt. N 1044

an das Tageblatt Riesa.

20 Jähr. Mädchen

mit Blätt. u. etw. Koch-

kenntnis. sucht a. 1. 8. 31

Stellung in Priv. od. Ge-

schäftshaus. Gute Zeug-

nisse u. Empfehl. vorband.

Job. Wätzer, Riesa

Goethestr. 37, h. Dr. Barth.

Gesucht wird für 15. Aug.

in besserem Haushalt ein

ehrliches, fleißiges

Mädchen

nach ausw. Mit Zeug.

u. melben, Montag, d. 20.

u. Frau Niedner, Goethe-

str. 13. l. von 2-6 nachm.

Hausfrauen!

Ihre Wäsche wird vollkommen selbsttätig gewaschen und gespült mit der

„Dagro“ Dampfstrahl-

Waschmaschine

Die selbsttätig arbeitende Waschmaschine im Waschkessel.

Wäscht ohne Betriebskraft in 15 bis 25 Min.

40 bis 200 Pz. Wäsche.

Wäscht in jeden Kessel ohne jegliche Vorrichtung, geringste Raumverdrängung.

Bei einf. Handhabung, ohne jed. Kraftaufwand blendend weiße, hygienisch einwandfr. Wäsche!

„Dagro“ wäscht bunte Wäsche, die nicht gefärbt werden darf.

„Dagro“ spült auch die Wäsche!

Die veralteten unangenehmen Arbeiten des Wäschens fallen bei „Dagro“ fort:

Kein Vorwaschen! Kein Nachwaschen! Kein Reiben und Rumpeln! Kein Zerreißen! Größte Schonung der Wäsche! Niedrige Preise.

Für jeden Haushalt erschwinglich.

Man verlange kostenlos, unverbindliche Aus-

kunft und Vorführung bei

Paul Zupitz, im Durchgang, Riesa.

Generalvertrieb

der „Dagro“ Dampfstrahl-Waschmaschinen für den Bezirk Riesa-Großenhain-Strehla-Mühlberg

Vertreter überall gesucht.

? Welch. Beamte oder w. and. z.berl. Person würde v. f. Wdg. aus d. Postverl. ein. kl. land. Art. übern.

der dch. Verz. im dort. Bez. verfil. werb. soll? Dan.

etw. 6 Mon., mon. Einl. ca. 800.- Mk. Es soll. f. nur

sch. Bem. meld., d. ab. 250.- dar f. d. Veranlag.

verf. Off. A. L. 65 an Annonc.-Vandberger, Breslau 1.

Elbefahrten billiger!

Neuer, bedeutend ermäßigter

FAHRPREIS-TARIF

Wo wird ein tüchtiger

Korrespondent

gebr., der deutsch., engl. u.

franz. Briefwechsel selbst.

erl. ? Kenntn. i. Schreibm.,

Stenogr., Buchführ. u. all.

Kontorarbeiten. Gef. Zu-

schriften unter 8 1947 an

das Tageblatt Riesa.

Neue Möbel

sind billig zu verkaufen!

1 kompl. Schlafstimmer,

mod. Birke n. 350 Mk.

2 Bettstell., mod. Birke

mit Matr. 190x100,

Std. u. 95 Mk., 1 Bett

Rußb. 175 Mk., 2 Stahl-

matr. mit 3teil. Aufl.,

190x90, nur 55 Mk.,

1 Wäschel. n. 85 Mk.,

1 Wäschebdr., 1/2 W.,

150 Br., nur 115 Mk.

Wilhelms Möbelhaus

Hauptstraße 38.

Gutes Wiesenheu

Quetschbater

Gähnel

Waischrot

Gerstenschrot

Roggenschrot

Weizenschale

Getreidekörner

verkauft

zu billigen Tagespreisen

Star-Melke - Riesa -

Junge Gähndchen

fette Hochhühner

frisches Rehwild

empfehlen

Carl Zigner, Gröba.

Gerlinge, fr. Sang, hoch.

Qualität. D. O.

100-150 St. Milch

täglich gef. Off. u. R 1046 a. Tabl. Riesa.

Möbel

sowie Polstermöbel

ganze

Wohnungsrichtungen

neu und gebraucht

billig und gut, nur im

Möbelhaus Messe

Riesa, Raiserstr. 18.

- Lieferung frei Haus. -

Geflügelfutter

jeder Art

u. **Schlachtmüher**

empfehlen billigst

Küchler, Riesa Meidn. Str. 29

Freitag

Schlachtfest.

9 Uhr Weiskisch

später fr. Wuch.

Weber, Poppitz.

Freitag

Schlachtfest.

9 Uhr Weiskisch

später fr. Wuch.

Weber, Poppitz.

Freitag

Schlachtfest.

9 Uhr Weiskisch

später fr. Wuch.

Weber, Poppitz.

Freitag

Schlachtfest.

9 Uhr Weiskisch

später fr. Wuch.

Weber, Poppitz.

Freitag

Schlachtfest.

9 Uhr Weiskisch

später fr. Wuch.

Weber, Poppitz.

Freitag

Schlachtfest.

9 Uhr Weiskisch

später fr. Wuch.

Weber, Poppitz.

Freitag

Schlachtfest.

9 Uhr Weiskisch

später fr. Wuch.

Weber, Poppitz.

Freitag

Schlachtfest.

9 Uhr Weiskisch

später fr. Wuch.

Weber, Poppitz.

Freitag

Schlachtfest.

9 Uhr Weiskisch

später fr. Wuch.

Weber, Poppitz.

Freitag

Schlachtfest.

9 Uhr Weiskisch

später fr. Wuch.

Weber, Poppitz.

Freitag

Schlachtfest.

9 Uhr Weiskisch

</

Die letzten Entscheidungen.

Die sonst so ruhigen Sommer- und Ferientage sind in diesem Jahre für das Reichskabinett, das Reichsbankpräsidentium und die Führer der großen deutschen Banken zu Arbeitstagen geworden, die alle bisher aufgestellten Worte und Befehle überbieten. Man ist es schon gewöhnt, daß die Verhandlungen der hohen Instanzen ununterbrochen fortlaufen, nur durch kurze Atembauten ausgesetzt werden und sich täglich oder richtiger nachts bis über Mitternacht hinaus erstrecken. Schon diese äußeren Erscheinungen zeigen jedem politisch denkenden Volksgenossen, wie ungeheuer ernst sich unsere gesamte finanzielle, wirtschaftliche und politische Lage ausprägt.

Die Kernfragen, die während der zwei Bankfeiertage zu lösen waren, waren die: Was soll geschehen, wenn die Bankfeiertage vorbei sind? Wie können künftighin die Löhne und Gehälter sichergestellt werden? Auf welchem Wege sind die erforderlichen Zahlungsmittel zu schaffen? Soll zu einem inneren oder auch zu einem äußeren Moratorium geschritten werden, läßt sich ein Moratorium überhaupt umgeben? Oder soll das verkleinerte Moratorium der Bankfeiertage durch ein allmähliches Abklingen der Forderung fortgesetzt werden? Sollen die Rentenmarktscheine von denen nur etwa 430 Millionen noch im Umlauf sind, aber 1 1/2 Milliarden in den Stahlfabriken der Reichsbank liegen, wieder teilweise aus den Tresoren unserer Notenbank heraus und in den Verkehr hineingebummt werden, um vorübergehend den Mangel an Zahlungsmitteln zu beheben? Oder sollen Kassencheine zu hohen Beträgen, von 10 000 Mark an aufwärts, ausgeben werden, so daß sie schon infolge ihrer Höhe nicht in den gewöhnlichen Zahlungsverkehr gelangen, sondern nur in den Verrechnungen und finanziellen Ausgleichungen der Bankinstitute Verwendung finden? Oder muß nicht auf die Rentenmarktscheine und die Kassencheine in anderer Weise verzichtet werden, damit die gegenwärtige Anstaltschuld in unserem Volke überwunden und die Stabilität der deutschen Reichsmark im Inland und Ausland erhalten bleibt? Wie ist überhaupt in diesen Krisenzeiten die Sicherheit unserer Währung zu gewährleisten und zu sichern? Wie ist die Devisenpolitik der deutschen Reichsbank auszugestalten und durch eine neue Devisenordnung zu untermauern, damit in dem gesamten Devisenwesen in unserem Vaterlande Ordnung herrscht. Ist nicht ein besonderer Devisenkommissar einzusetzen, und brauchen wir am Ende gar nicht einen besonderen Notenkommisssar, damit diese Kommissare jederzeit in der Lage sind, einzugreifen, wenn die Not es verlangt? Welche scharfen Maßnahmen sind zu ergreifen, um die Kapitalflucht ins Ausland zu verhindern? Muß schließlich nicht in irgendeiner Form zu einer inneren Zwangsleihe geschritten werden, um über die finanziellen Verlegenheiten der Stunde hinwegzuhelfen?

Überblickt man diese Summenfragen, denn in jeder einzelnen Frage steckt eine ganze Summe von Detailfragen, so erkennt man unklar, daß es die Hauptaufgaben der Reichsregierung, des Reichsbankpräsidentiums und der Generaldirektoren unserer großen Banken war, die möglichst reibungslose Fortführung unserer Wirtschaft in diesen Krisenzeiten zu ermöglichen. Selbstverständlich durfte dabei vor weiteren Notverordnungen nicht zurückgeschreckt werden. Die Demokratie der Gegenwart ist in ersten Krisenzeiten, wie die ganze Geschichte des Weltkrieges und der Nachkriegsjahre deutlich zeigt, auf den parlamentarischen Apparat verzichtet und das Schicksal der Völker jeweils vertrauensvoll in die Hände einiger weniger Führer gelegt. Es ist vornehmlich bei uns nicht zu erkennen, wie bei der Verhinderung unserer Wirtschaft und der Zusammenbruch des deutschen Reiches die Aktionsfähigkeit der Reichsregierung durch Verhandlungen des Parlaments gesichert werden könnte. Schon aus dieser Erwägung heraus muß der Wunsch der Oppositionsparteien auf sofortige Einberufung des Reichstages, den ein Teil der Opposition erst vor wenigen Monaten lüchlerartig verließ, recht eigenartig berühren. Man kann deshalb der Entscheidung des Reichstages, der auf Einladung des Reichstagspräsidenten Lohde am Freitag zusammentritt, schon mit einem Interesse entgegensehen.

Das deutsche Volk in seinen breiten Schichten begrüßt es gewiß aufrichtig, daß das Kabinett Brünning den Weg der Selbsthilfe auf finanziellem und wirtschaftlichem Gebiete mit Energie betreten hat und entschlossen ist, ihn geradlinig fortzusetzen. Dennoch darf die deutsche Öffentlichkeit nicht verkennen, daß von den drei Wünschen und Forderungen, die Dr. Luther auf der Direktorialtagung der W.F.Z. in Basel vorbrachte, vorerst nur eine erfüllt wurde, denn es wurde lediglich die Prolongierung des Stützungscredits unserer Notenbank in der Höhe von 100 Millionen Dollar bis in den Herbst dieses Jahres hinein erzielt. Nicht erreicht wurde aber bisher ein großer ausländischer Kredit zugunsten der deutschen Reichsbank in der Höhe von 1,2 bis 1,5 Milliarden, und ebensowenig konnten die Verhandlungen über eine große Auslandsleihe zugunsten der deutschen Volkswirtschaft auf Grund der 500 Millionen-Währungsreform der deutschen Wirtschaftsführer erfolgreich zu Ende geführt werden. Letztere liegen geradezu noch in den Windeln.

Deshalb schaut das politisch gesunde Deutschland recht auch mit gespannter Aufmerksamkeit nach Paris, woselbst der englische Außenminister Henderson, formell zum Besuch der französischen Kolonialausstellung, bereits eingetroffen, und wo der amerikanische Staatssekretär Stimson sich am Donnerstag gleichfalls einfinden wird. Wir wissen, daß dieser hohe amerikanische Staatsbeamte nicht nur den Auftrag hat, seinen persönlichen Beitrag zur Lösung der internationalen Abrüstungsfrage zu leisten, sondern sich nach dem Wunsche des Präsidenten Hoover mit allen Fragen beschäftigen soll, die Europa gegenwärtig auf den Fingern brennen, keine ausgenommen. Unter den vorordentlichen Problemen der Gegenwart ist aber das deutsche Finanz- und Kreditproblem anerkanntermaßen das vorrangigste.

Ausstrahlungen.

Die europäische Schicksalsverbundenheit. — Mitteleuropäisches Moratorium?

Die Tatsache der wirtschaftlichen Schicksalsverbundenheit der europäischen Staaten tut sich bereits eindringlich kund. Bankfeiertage in Ungarn — Schokkerschlagung einer Wiener Bank — Schließung zweier Wiener Banken — Börsensturz auch in Danzig — Geschäft in Belgien und der Schweiz, das sind die Schlaglichter, die jene Ausstrahlungen der deutschen Krise erkennbar werden lassen. Die mittelbaren Gründe für die Stärke dieser Ausstrahlungswirkungen mögen verschieden sein; der unmittelbare Kausalität in jedem Fall das wankende Vertrauen nicht etwa nur zur deutschen Wirtschaft, sondern zur europäischen Wirtschaftserwartung. Wenn auch nicht überall so bedenkliche und tief einschneidende Wirkungen der akuten Krisenereignisse festzustellen sind, wie in Deutschland, so sind die Schattierungen doch offensichtlich. Dabei ist es bezeichnend, daß die letzten Alarmrufe nicht von dort her er-

Diskonterhöhung der Reichsbank.

Reichsbankdiskont 10 %

1 Berlin. Die Reichsbank erhöht ab 16. Juli den Diskont von 7 auf 10 Prozent, den Lombardfuß von 8 auf 15 Prozent.

Zur Diskonterhöhung

Wie wir erfahren, hat die Reichsbank vorerst von der Einberufung des Generalrats Abstand genommen. Der Beschluss, den Diskontfuß von 7 auf 10 Prozent und den Lombardfuß von 8 auf 15 Prozent zu erhöhen, wird in unferrieheten Kreisen als erste Maßnahme angesehen, um zum normalen Geld- und Kreditverkehr zurückzuführen. Aus diesem Beschluss geht hervor, daß man den Plan der Ausgabe neuer Rentenbankcheine endgültig hat fallen lassen, weil die Reichsbank als Hüterin der Währung die unbedingte Kontrolle über den Notenumlauf verlangt.

Wie wir weiter erfahren, wird die Reichsbank trotz der durch die Heraussetzung des Diskontfußes eintretenden außerordentlichen Kreditverengung an der Kreditrestriktion auch weiter festhalten; sie sieht in der Kreditverengung eine notwendige Ergänzungsmäßnahme zur Restriktion, um die einschränkende Wirkung auf die Wechsel-einreichung noch zu verstärken.

Begründung der Diskonterhöhung.

1 Berlin, 15. Juli. Mit dem heutigen Tage ist die Gold- und Devisendeckung der Reichsbank unter 40 Prozent gesunken. Die geforderte erforderliche Ermäßigung des Generalrats ist hierfür eingeholt worden. Die Reichsbank hält es nicht für richtig, mit der Erhöhung ihres Diskontfußes zu warten, bis die in § 29 des Bankgesetzes angeordneten Voraussetzungen vorliegen, sondern hat in Vorausnahme dieser Verpflichtung bereits heute mit Wirkung vom 16. Juli dieses Jahres ab den Diskontfuß auf 10 Prozent erhöht. Gleichzeitig ist der Lombardfuß auf 15 Prozent festgesetzt worden.

Erhöhung der Bankzinsen

Die Mitglieder der Stempelvereinigung einschließlich ihrer familiären Filialen haben beschlossen, ihre Gelder zu Lohnzwecken nur an denjenigen Stellen abheben zu lassen, an denen bereits früher die Mittel zu Lohnzwecken abgehoben worden sind. Außerdem werden die Banken die Zahlung zu Lohnzwecken davon abhängig machen, daß ihnen Lohnlisten vorgelegt werden, die von dem örtlich zuständigen Industrie- und Handelskammern abgestempelt sind.

Die Mitglieder der Stempelvereinigung haben weiterhin beschlossen, folgende Zinsänderungen mit Wirkung vom 16. Juli 1931 eintreten zu lassen: Soll-Zinsen 13 Prozent zusätzlich der üblichen Kreditprovision; Haben-Zinsen für fällige Gelder in provisionsfreier Rechnung 8 Prozent, in provisionspflichtiger Rechnung 9 Prozent; für neu eingezahlte Gelder, die feinerlei gesetzlichen Auszahlungsbefristungen unterliegen, werden in provisionsfreier Rechnung 4 Prozent und in provisionspflichtiger Rechnung 4,5 Prozent vergütet.

Zur Herabsetzung der Notendeckungsgrenze.

1 Berlin. In Sachverständigenkreisen mißt man der Herabsetzung der Deckungsgrenze, die von der Reichsbank vorgenommen werden mußte, keine allzu große Bedeutung bei. Man verweist darauf, daß die gesetzliche Deckungsgrenze von 40 Prozent im Veroleich zu der von 33 1/2 Prozent vor dem Kriege und der anderen Länder, die Deckungsgrenzen bis zu 24 Prozent haben, sehr hoch ist. Bei aller Anerkennung des Goldes als Generaldevisen und als Wertmesser zwischen den verschiedenen Währungen ist man der Auffassung, daß die Stabilität einer Währung in erster Linie darauf beruht, daß ordnungsmäßiges Wechselmaterial einreicht und nicht mehr Geld in den Verkehr gebracht wird, als dieser braucht. Der Zahlungsmittelumlauf muß eben unbedingt in der Hand der Reichsbank als der Hüterin der Währung bleiben.

Um eine Aushebung der Kreditrestriktion seitens der Reichsbank nach der Erhöhung des Diskontfußes von 7 auf 10 Prozent und der damit eingetretenen Kreditverengung nicht gebracht. Allerdings wird man, je mehr sich die Diskonterhöhung auswirkt, in der Kreditrestriktion nachlassen können. Die außerordentliche Erhöhung des Lombardfußes von 8 auf 15 Prozent ist mit Rücksicht auf die eingetragenen Kredite vorgenommen worden, weil erfahrungsgemäß gerade für diese Kredite der Lombardkredit der Reichsbank zur Finanzierung gern in Anspruch genommen wird. Die Reichsbank ist gezwungen, die Lombardbelastung, die nicht zur Deckung der Noten herangezogen werden kann, nach Möglichkeit niedrig zu halten,

klingen, wo die Vorgänge in Deutschland rein finanziell-technische Schwierigkeiten verursacht haben, sondern aus den Ländern, wo die Wirtschaftsschädigung durch die Vorgänge in Deutschland nur mittelbar in Erscheinung tritt.

Vernichtung von einer Million Köpfe holländischen Salates — Niedgang des holländischen Gemüseexports nach Deutschland bis in die Nähe des Nullpunktes — Massensticht aus den holländischen und belgischen Seebädern — Verödung der schweizerischen Kurorte; in diesen Tatsachen drückt sich jene europäische Schicksalsverbundenheit am deutlichsten und unmittelbar schmerzhaftesten im Bewußtsein der Nachbarn aus. Vier spärlichen Hunderttausende ganz persönlich, was es heißt, wenn inmitten Europas ein großer Wirtschaftskörper so schwer erkrankt. Kein Wunder also, wenn das „Giornale d'Italia“ sagt: „Wenn es sich darum handelt, einen Extrinfenden zu retten, muß man es tun, ohne vorher über den Preis für die Rettung zu selteln.“

Es scheint fast, als ob man das auch anderswo schon — schon? — beargen hätte; so z. B. beginnt der Pariser „Matin“ seinen Bericht aus Basel mit der Feststellung, daß in den kommenden 24 Stunden die Regierungen das Wort haben, und zwar in erster Linie die französische, ohne die niemand, auch nicht die internationale Finanz, das Reich retten kann. Andere Pariser Blätterstimmen sagen noch deutlicher, daß es sich dabei nicht nur um das Deutsche Reich, sondern um das Schicksal Europas handelt. Aus Newyork kommt als wichtigste Unterrichtung dieser Art die Nachricht, daß Wallstreet bereits mit der Möglichkeit eines ganz Zentraleropa umfassenden Moratoriums rechnet, was sehr empfindliche Rückwirkungen auf die fürige europäische und die Weltwirtschaft haben werde, da Deutschland und weiterhin die in Mitleidenschaft ge-

und da zur Zeit der Madanz zum Lombard besonders von den öffentlichen Stellen übermäßig groß ist, hat sie sich zu der erheblichen Erhöhung des Lombardfußes entschlossen, wobei allerdings fraglich ist, ob sie ausreicht.

Bedeutung der Maßnahmen über den Zahlungsverkehr.

1 Berlin. Wie wir von unferrieheter Seite erfahren, sind die neuen Maßnahmen zur Regelung des Zahlungsverkehrs deswegen ergriffen worden, weil eine volle Aufnahme des Zahlungsverkehrs nach den Bankfeiertagen nicht möglich sein wird. In erster Linie kam es darauf an, die Löhne und Gehälter sicherzustellen. Dabei mußte unter allen Umständen vermieden werden, unnötige Erwartungen zu erwecken; sollte es sich herausstellen, daß Möglichkeiten einer Auflockerung des Zahlungsverkehrs in größerem Umfang sich ergeben, dann ist beabsichtigt, dies sofort zu tun. Bei den neuen Maßnahmen handelt es sich um die Herabsetzung eines Uebergangsregimes für die nächsten drei Tage, welches angesichts der schwierigen Situation des deutschen Zahlungsverkehrs allerdings große Härten aufweist, die aber nicht unterbunden werden konnten.

Die Schwierigkeiten der Lage werden durch drei Tatbestände bzw. Willensbeständen charakterisiert, die sich alle drei gegeneinander auswirken. Diese Tatbestände sind:

1. die Regelung der Bevölkerung, Bargaal an sich zu ziehen und infolge der wachsenden Unruhe zu behalten; insolgedessen weist auch der Rückfluß der Zahlungsmittel zur Reichsbank nach dem Ultimo einen verhältnismäßig geringen Umfang auf.
2. die Kreditrestriktion seitens der Reichsbank muß aufrecht erhalten werden und zwar in genereller, nicht individueller Forderung, weil sich für die Reichsbank der eiserne Mangel zu genereller Restriktion ergab, um die letzten Devisenreste aus der Wirtschaft herauszupressen; zudem will das Ausland, mit dem neue Verhandlungen wegen langfristiger Kredite bevorstehen, die Restriktion;
3. besteht die absolute Notwendigkeit, den Zahlungsverkehr wieder in Gang zu bringen, da die Bankfeiertage nicht beliebig ausgebeht werden können.

Man ist auch dem Gedanken näher getreten, bei den Auszahlungen einen bestimmten Prozentsatz freizugeben. Bedenkt man aber, wenn von schätzungsweise 10 Millionen Sparkonten-Inhabern in Deutschland jeder nur 10 RM verlangen würde, so würde das einen gewaltigen Betrag ausmachen, dessen Auszahlung unter den gegenwärtigen Umständen nicht zu verantworten wäre.

Nach Ansicht der beteiligten Kreise kam es darauf an, einen Weg zur Auflockerung des Zahlungsverkehrs zu finden, der dort anfängt, wo es unbedingt am notwendigsten ist. Dabei unterliegen die neuen Einzahlungen, die nach dem 15. Juli vorgenommen werden, nicht den soeben erläuterten Vorschriften. Wichtig aber war vor allem die Wiederbelebung des Ueberweisungswesens, bei der sich die schwersten Schwierigkeiten aus dem eingefrorenen Pochen ergeben. Heute ist erreicht worden, daß wenigstens für kleinere Beträge der Ueberweisungswesensverkehr von Bank zu Bank, selbstverständlich mit Ausnahme der Reichsbank, wieder freigegeben wird. Es kann von jedem Geldbesitzer, Kleinhandelsbetrieblenden usw. als Kontoinhaber über die Hälfte seines Guthabens, aber nur bis zum Höchstbetrage von 10 000 RM, für die nächsten drei Tage verfügt werden, und zwar in der Weise, daß an allerdings schon bestehende andere Konten überwiesen wird. Hierin ist auch der erste Schritt zur Wiederherstellung des Bankvertrauens zu sehen. Selbstverständlich besteht an den zuständigen Stellen das dringende Bedürfnis, so schnell wie nur irgend möglich den Zustand voller Auszahlungen wieder zu erreichen. Die erlassenen Maßnahmen hofft man bald wieder, je nachdem es die weitere Entwicklung zuläßt, allmählich abzubauen können.

Kreditaufnahmeerleichterungen für die höchsten Sparkassen

Dresden, 14. Juli.

Das Sächsische Innenministerium hat folgende Verordnung erlassen:

Auf Antrag des Sächsischen Sparkassenverbandes wird Sparkassen, deren verfassungsmäßige Vertretung beschließt, kurzfristige Kredite gegen Lombardierung von Wertpapieren bei der Reichsbank, der Girozentrale Sachsen, der Kreditanstalt sächsischer Gemeinden, der Sächsischen Staatsbank, sowie bei anderen Stellen, die zur Annahme von Kündelgeldern zugelassen sind, aufzunehmen, die Genehmigung eines solchen Beschlusses erteilt und sie werden ermächtigt, diesen Beschluß durchzuführen. Der erforderliche Nachtrag zur Sparkassenordnung ist unverzüglich aufzustellen und zur förmlichen Genehmigung vorzulegen.

zogenen Staaten gezwungen sein würden, ihren Devisenbedarf durch Export zu Dumping-Preisen zu decken. Die Verknüpfungen sind unverkennbar — wird man sich zu ihnen bekennen? Oder bedarf es noch deutlicherer Zeichen?

Die Reichsbahn überweist die ungeschulte Annuität

1 Berlin. (Funkspruch.) Die vom Reich am 15. Juli in dar an die W.F.Z. gezahlte ungeschulte Annuität, die die W.F.Z. ihrerseits der Reichsbahngesellschaft zur Verfügung gestellt hat, ist von dieser wiederum an die Reichsregierung überwiesen worden.

Vorberlegung der Abrüstungskonferenz?

1 London. Der Pariser Korrespondent der Times meldet, er höre, daß man die Veröffentlichung der Entscheidung der französischen Regierung über die Abrüstungsfrage, die schon früher hatte erfolgen sollen, aufgeschoben habe, um sie vorher Henderson als den Präsidenten der kommenden Abrüstungskonferenz vorzulegen. Dies sei offener gesprochen. Der Korrespondent sagt, es sei klar, daß Frankreich entschlossen sei, jedes neue deutliche Vanzerschiff mit einem Gegenkriegsschiff zu beantworten. Dies wurde vornehmlich für den Londoner Vertrag sein und die Flottenverhandlungen zwischen Frankreich und Italien ernstlich gefährden. In Paris trage man zu jetzt, ob es nicht gut wäre, das Datum der Abrüstungskonferenz vorüberlegen oder vielleicht sogar eine besondere Konferenz abzuhalten.

Verschiebung des englischen Besuches in Berlin.

Reise des Reichsfinanziers und des Reichsaußenministers nach Paris?

Berlin. (Frankfurt.) Der Besuch der englischen Minister in Berlin ist mit Rücksicht auf die am Montag in London beginnende Konferenz der Minister der am Hooverplan beteiligten Staaten verschoben worden.

Frankreich will helfen aber unter welchen Bedingungen

Paris 16. Juli.
Die Havas-Agentur beschäftigt sich in einer Auslassung mit den am Mittwoch in Paris geführten Unterredungen zwischen Staatssekretär Stimson, Staatssekretär Henderson und Ministerpräsident Paval und stellt weitere Unterhaltungen für Donnerstag in Aussicht. Außerdem wird in der Auslassung darauf hingewiesen, daß der französische Ministerpräsident, der am Freitag zusammentritt, sich ebenfalls mit dem Problem beschäftigen wird, das der Gegenstand der Aussprache der verschiedenen Minister gewesen ist, nämlich mit der Frage einer eventuellen finanziellen Hilfe für Deutschland.

Es heißt in dieser Auslassung: So, wie die Dinge augenblicklich liegen, wird die öffentliche Meinung Frankreichs, die weit davon entfernt ist, sich über die gegenwärtige Lage in Deutschland zu freuen, und ohne die Verantwortlichkeit der Lage zu untersuchen, sich nicht weigern, einer eventuellen finanziellen französischen Mitwirkung ins Auge zu blicken. Die französische öffentliche Meinung erkennt in der Tat nicht, daß der Krieg eine mehr und mehr engere gegenseitige Abhängigkeit der Völker zur Folge gehabt hat, und Frankreich verneint nicht die Verpflichtung der internationalen Solidarität. Aber die Erfahrungen, die man in den letzten Jahren mit den Beziehungen zu Deutschland gemacht hat, dürfen fatalerweise die Leiter der französischen Politik nicht dazu führen, das französische Nationalvermögen in privaten Operationen anzulegen.

Deswegen kommt für Frankreich nicht in Frage, Deutschland Kredite zu erteilen, ohne daß es als Gegenleistung substantielle Garantien gibt,

welche durch ein gemeinsames Abkommen der interessierten Finanzminister festgelegt werden müssen.

Die ins Auge gefasste Operation wird tatsächlich von solchen Ausmaßen sein, daß sie nicht ohne die Mitarbeit der amerikanischen, englischen und französischen Banken gelingen kann, die sich zu einer gemeinsamen Anstrengung vereinigen müssen, und die ihnen gleiche Rechte und gleiche Interessen geben würde. Es versteht sich von selbst, daß diese technischen Bedingungen nicht genügen würden, um die deutsche Währung zu retten, wenn sie nicht während der Periode der Wiederaufrichtung von einer politischen Stabilität begleitet sein werden, ohne die ein internationales Vertrauen und Kredite nicht möglich sind.

Belorguis in London

London, 16. Juli.
Die City zeigte sich am Mittwoch in Ermangelung von Nachrichten über entworfenen Schritte seitens der Zentralnotenbanken, Deutschland mit langfristigen Krediten zu Hilfe zu kommen, wesentlich besorgter als am Dienstag. Nachrichten, daß die deutsche Krise Auswirkungen in anderen europäischen Staaten zu haben beginnt, trugen ebenfalls zur

Verunsicherung bei. Man beginnt, sich darüber klar zu werden, in welchem Umfange englisches Kapital in Deutschland und in Oesterreich angelegt ist.

Andererseits verliert das große Publikum auch jetzt noch nicht die Geduld und zeigt keine Neigung, Aktien in größerem Umfange abzugeben. Wenn das Kursniveau weitere, zum Teil erhebliche Ausgänge aufzuweisen hat, so liegt dies mehr an der vorzeitigen Zahlung von verunsicherten Spekulation. Nichts liegt die Dinge auf dem Devisenmarkt, wo die Unsicherheit den Verkaufsumfang auf ein Mindestmaß beschränkt. Die Abkühlung der Devisenmärkte war auf das Gelingen jeglicher Kaufpläne zurückzuführen und nicht etwa auf einen starken Verkaufsdruck. Der französische Franc zeigte dagegen seine Aufwärtsbewegung gegenüber dem Pfund weiter fort. Man ist geneigt, diese demeritenswerte Festigung, die zu neueren Goldverleihen der Bank von England an Frankreich geführt hat und wohl auch noch weiter führen dürfte, daraus zu erklären, daß die französischen Banken, beunruhigt durch die Verschlechterung der Lage in zentral-europäischen Staaten, in denen sie Gelder investiert haben, in starkem Umfange Kredite aus London zurückziehen, um für alle Eventualitäten gewappnet zu sein. Die englischen Banken legten es am Mittwoch ab, deutsche Bantnoten umzuzeigen.

Am Laufe des Nachmittags hier eintreffende Berliner Nachrichten, wonach die Heranziehung der Golddeckung für Reichsbantnoten von 40 auf 30 Prozent in Erwägung gezogen wird, löste einen günstigen Einfluss auf die Stimmung aus. Man hält hier eine derartige Maßnahme für bedeutend vorteilhafter, als den Rückgriff auf eine neue Rentenmarkt währung. City-Kreise weisen darauf hin, daß eine solche Maßnahme einen Schritt in der richtigen Richtung bedeuten würde. Verschiedentlich werden die Anregungen der MacMillan-Berichte zum Vergleich herangezogen, wonach eine Verringerung der Goldbestände der Bank von England bis auf 75 Millionen Pfund (18,75 Prozent) bei einem Notenumlauf bis zu 400 Millionen Pfund durchaus gefahrlos ist. Auch erinnert man an den Bericht des vom Völkerbund zur Untersuchung des Goldstandards eingesetzten Ausschusses, der bekanntlich eine dreißigprozentige Golddeckung für durchaus angemessen erachtet. Man ist der Überzeugung, daß die zusätzliche Milliarde Bantnoten genügen werde, die dringenden Bedürfnisse zu decken.

Englischer Optimismus.

London. Die Morgenpresse billigt einmütig die von der deutschen Regierung getroffenen Notmaßnahmen. Der Finanzkorrespondent der Morningpost sagt, die deutschen Finanzbehörden haben durchaus nicht ihre Bemühungen aufgegeben, das Vertrauen wieder herzustellen. Die Nachrichten aus Deutschland sehen erfreulicherweise, daß die Lage, wenn auch mit durchgreifenden, so doch mit gelindesten Mitteln behandelt wird, und wenn das deutsche Publikum nur veranlaßt werden kann, den Kopf nicht zu verlieren und die Währung sorgfältig kontrolliert bleibt, dann ist kein unüberwindliches Hindernis für eine allmähliche Besserung der Lage zu sehen. Der Berliner Korrespondent der Times meldet, es ist bemerkenswert, daß trotz der Sorgen, zu denen die nächste Zukunft Anlaß gibt, die allgemeine Stimmung des deutschen Volkes keine wirklichen Zweifel an der Zukunft des Landes erkennen läßt.

Washington hoffnungsvoller.

London. Reuters meldet aus Washington, die Lage in Deutschland sei geteilt im Weissen Hause als viel hoffnungsvoller betrachtet worden.

Der Minister behandelte dann die Frage in die Devisen und die Frage des Notgeldes. Der Devisenverkehr ist durch die Devisenverordnung bei der Reichsbank zentralisiert, damit kein deutsches Geld ins Ausland flüchten kann. Das Notgeld angeht, von dem gefast wird, so ist zu sagen, daß sich jeder strafbar macht, der Notgeld ausgibt. Der, der Notgeld annimmt, wird der Dumme sein, denn es ist wertlos und ungültig.

Am Schluß seiner Ausführungen warnte der Minister vor dem Damstern von Bantnoten. Wir haben einen Geldumlauf, der ausreicht, wenn er sich normal verhält, d. h. daß jeder nicht mehr Geld mit sich trägt, als er für seine Zwecke für die nächste Zeit braucht. Wenn das geschieht, reicht der Geldumlauf aus, um die Wirtschaft in Gang zu halten. In allen kritischen Stunden eines Volkes kommt es entscheidend darauf an, daß man die Bantnoten nicht verliert. Wenn sie die große Mehrheit der Bevölkerung verliert, ist die Regierung machtlos. Jetzt kommt es darauf an, dem zu folgen, was die Regierung vorschlägt. Nur dann kommen wir aus der Not heraus.

Politische Tagesübersicht.

Deutsch-schweizerisches Abkommen zur Vermeidung der Doppelbesteuerung. Bisher ist im Reichsfinanzministerium zwischen einer deutschen Delegation, bestehend aus Vertretern des Reichsfinanzministeriums und des Auswärtigen Amtes und einer Delegation der Schweizerischen Eidgenossenschaft unter Führung des Schweizerischen Gesandten in Berlin ein Abkommen zur Vermeidung von Doppelbesteuerungen auf dem Gebiet der direkten Steuern und der Erwerbsteuern unterzeichnet worden. Das Abkommen bedarf der Ratifikation und wird dem Reichstag vorgelegt werden.

Belleid des Reichsfinanziers zum Tode Payers. Reichsfinanzier Dr. Brüning hat an die Gattin des verstorbenen ehemaligen Reichsfinanziers Graf v. Payer, das folgende Beileidtelegramm gerichtet: Mit tiefer Trauer hat mich die Nachricht von dem Ableben Ihres Herrn Gemahls erfüllt. Im eigenen Namen und namens der Reichsregierung spreche ich zu dem schweren Verlust meine aufrichtigste Teilnahme aus. Graf v. Payer hat auf verantwortungsvollem Posten in schwerer Zeit Reich und engerer Heimat große Dienste geleistet, die ihm ein dauerndes dankbares Gedächtnis im Herzen des Volkes sichern. Möge der Allmächtige Ihnen und Ihren Angehörigen Trost in Ihrem Leid spenden.

Sindenburgs Belleid zum Tode Söderbloms. Aus Anlaß des Ablebens des schwedischen Erzbischofs Söderblom hat der Herr Reichspräsident an den König von Schweden nachstehendes Telegramm gerichtet: Zu dem schweren Verluste, den das schwedische Volk und seine Kirche durch den Heimgang des ehrwürdigen Erzbischofs von Upsala, Dr. D. Söderblom, erlitten hat, darf ich Eurer Majestät mein herzlichstes Beileid übermitteln. Dem Verstorbenen wird Deutschland um seines selbstlosen menschenfreundlichen Wirkens willen kein dankbares Gedächtnis bewahren. Reichspräsident von Hindenburg.

Prozess gegen die Väter der Kerze am 12. Oktober. Vor dem Großen Schöffengericht in Lübeck soll am 12. Oktober die Hauptverhandlung gegen die im Zusammenhang mit dem Aendersterben nach der Calmeite-Druckung angeklagten Kerze beginnen. Wegen schließlicher Fälschung beim Körperverletzung sind angeklagt die Kerze Wittmann, Klob, Deike und die Assistentin Schöbe.

Polnischer Generalstabsmajor wegen Spionagedachts verhaftet. Am Mittwoch wurde der Major des polnischen Generalstabs, Demkowski, unter dem Verdacht der Spionage zugunsten eines Nachbarstaates verhaftet und im Warschauer Militärgefängnis untergebracht. Major Demkowski war im Quartieramt des polnischen Generalstabs beschäftigt.

Ministerpräsident Paval hat die englische Einfuhr zur Abhaltung einer Regierungskonferenz im Anschluß an die Sachverständigenkonferenz am kommenden Montag abgelehnt.

Kollerhördungen in Lettland. Die „Latvian“ nahm die Kollerhördungen der Regierung, die eine beträchtliche Erhöhung des Einfuhrzollens auf zahlreiche Erzeugnisse der Landwirtschaft und Industrie bringt, an.

Keine „Sparrmar“.

Der bei den Gemeinden entstandene Plan, vermittelst der Sparfassen ein neues Zahlungsmittel zu schaffen, dem man den Namen „Sparrmar“ gegeben hätte, ist wieder fallen gelassen, da die Reichsregierung diesen Vorschlag entschieden abgelehnt hat. Die Gemeinden glanzten durch Schaffung solcher Zertifikate den für Zwecke der Lohnzahlung an erwartenden Ansprüchen ihrer Einwohner gerecht werden zu müssen. Man besorgt diese Ansprache bei den gesamten deutschen Sparfassen auf voraussichtlich mehrere hundert Millionen Mark, wobei ausdrücklich nur solche privaten Abhebungen in Betracht gezogen werden, die für die Zahlung von Löhnen, Gehältern und sonstigen Unterhaltungen notwendig sind. Für die eigenen Zahlungszwecke der Gemeinden glaubt man im Ausnahmefall einer besonderen Hilfe nicht zu bedürfen. Man schätzt, daß für die gesamten Gehalts- und Lohnzahlungen an Arbeiter und Angestellte in den Städten über 25000 Einwohner am Freitag etwa 50 Millionen Mark erforderlich sein werden. Es wird angenommen, daß in den weitaus meisten Fällen die Gemeindefinanzämter diese Beträge zur Verfügung haben werden.

Eine kleine Erleichterung für die Kriegesbeschädigten.

Beim Reichsarbeiterschutzministerium fanden dieser Tage Verhandlungen darüber statt, wie die sehr rigorosen Bestimmungen der Notverordnung betreffend die Anrechnung des öffentlichen Einkommens von Arbeitern, Angestellten und Beamten auf die Kriegsgläubiger abgemildert werden könnten. Bisher wurden der Anrechnung der Renten auf das öffentliche Einkommen die Gehälter, die am 1. Februar 1931 bezogen waren, zugrunde gelegt. Außerdem wurden die heute zahlbaren Rinderzuschläge als Einkommen mit angerechnet. In Zukunft soll, wie der Reichsverband der Kriegesbeschädigten mittelst, von dem tatsächlichen Grundeinkommen ausgegangen werden und die Rinderzuschläge auf Grund des Reichsbeibehaltungsgesetzes nicht als Einkommen angesehen werden. Die bisherige Mindestgrenze der zu verbleibenden Rente, die auf $\frac{1}{2}$ der Grundrente festgelegt war, solle nach der gleichen Quelle auf mindestens $\frac{1}{3}$ — man spreche auch von $\frac{1}{3}$ — erhöht werden. Dabei sollten zu den Grundrenten auch die Sozialzuschläge treten.

Polizeimaßnahmen gegen Devisen/Markzandel.

Berlin. (Frankfurt.) Im Zusammenhang mit der Verordnung über den Verkehr mit ausländischen Zahlungsmitteln hat der Polizeipräsident von Berlin ein Sonntagsverbot im Polizeipräsidenten erlassen, daß Verträge gegen diese Verordnung mit unannehmlicher Strafe abzuwehren sind. Die beim Devisenhandelsbetreffenden Personen werden dem Schnellrichter vorgeführt werden, wenn sie Ausländer sind, steht ihre Ausweisung zu erwarten.

Abwicklung der Bankfeiertage und neue Notverordnung.

Rund'untrede des Reichsfinanzministers Dr. Dietrich.

Dr. Dietrich betonte eingangs, daß das Reich, bevor der Sturm losgebrochen ist, seinerseits mit rücksichtslosen Maßnahmen sein Haus durch die Notverordnungen in Ordnung gebracht hatte. Das Hoover-Memorandum hatte dem Reich eine Entlastung von 1,6 Milliarden gebracht. Das Reich war infolge dessen leistungsfähig in Schwierigkeiten, sondern im Gegenteil in der Lage, auf die Verlängerung eines großen Darlehens zu verzichten, das die Banken gegeben hatten. Das Reich hat außerdem eine Menge Schenkungen eincollet. Zusammen mit der Volk, die das selbe getan habe, sind der deutschen Wirtschaft 200 Millionen Mark wieder angeführt worden. Die Schwierigkeiten kommen also nicht vom Reich, sondern sind aus der deutschen Wirtschaft gekommen.

Wegonnen haben sie mit den Schwierigkeiten bei der Wiener Kreditbank. Dazu kam der Fall Nordmole mit seinen Rückwirkungen auf die Danabank. Auch die zweiwöchigen Verhandlungen mit Frankreich über den Hooverplan haben wesentlich zur Beunruhigung in der Welt beigetragen. Die Folge hiervon war der Abzug der kurzfristigen Kredite, die eine große Gefahr für die deutsche Wirtschaft sind. Kredite über Jahre oder Jahrzehnte sind gänzlich ungefährlich. Im vorigen Herbst haben kurzfristige Kredite in einer Höhe von vielleicht 7 bis 8 Milliarden in Deutschland gesteckt. Sie sind in Deutschland angelegt in allen möglichen Dingen, wo sie nicht sofort herausgeholt werden können. Es sind auch kurzfristige Schulden der Länder und Gemeinden darunter. Das Reich hat solche kurzfristigen Schulden überhaupt nicht. Im Laufe des Winters ist es gelungen, von diesen etwa 8 Milliarden etwa 3 bis 4 Milliarden tatsächlich an das Ausland zurückzuführen. Dies war geradezu eine unerhörte Leistung unserer Wirtschaft und unserer Banken besonders der Reichsbank.

Ein weiterer Grund ist der, daß wir in Deutschland eine Menge Menschen haben, die alle von der Regierung angeordnete Maßnahmen herunterreihen und unsere Verhältnisse so verschlechtern, wie man es überhaupt nicht verantworten kann. Dadurch ist im Ausland der Glaube entstanden, daß wir zumindest nicht sparen. Dazu kommt, daß gewissenlose Deutsche ihr Geld ins Ausland gebracht haben. Die Nachrichten aber, die hierüber umgehen, sind gerichtet. Der Minister kam sodann auf den Sturm auf die Banken und Sparfassen zu sprechen und betonte, daß die Banken die eingezahlten Gelder nicht liegen lassen könnten, sondern zinsbringend anlegen müßten. Es ist selbstverständlich unmöglich, daß man in drei Tagen die Banken liquidiert. Das ist der Grund, weshalb die Regierung die Banken für 2 Tage schließen mußte. Dasselbe gilt für die

Sparfassen, jedoch mit dem Unterschied, daß sie sehr viel mehr Geld als die Banken auf lange Sicht ausgeliehen haben. Niemand kann von den Sparfassen verlangen, daß sie die Gelder, die sie in Hypotheken und Pfandbriefen angelegt haben, morgen kündigen. Selbst wenn sie dies täten, würden sie das Geld nicht bekommen, da die Hausbesitzer, die die Hypotheken aufgenommen haben, es nicht aufbringen könnten. Der Minister unterstrich dann, daß bei den Sparfassen für die Gelder nicht die geringste Gefahr besteht, schon deswegen nicht, weil die Sparfassen unter der Garantie der Kommunen und Kreise stehen und infolgedessen die gesamte Bevölkerung haftbar ist für etwaige Ausfälle. Unter normalen Verhältnissen bringen die Leute täglich Geld und holen täglich Geld ab. Das geschieht sich aus. Es ist also sonnenklar, daß die Sparfassen 12 Milliarden Mark — so hoch sind die Einlagen — nicht herausgeben können, sondern man kann nur die Zinsen der 12 Milliarden herausholen, die unter normalen Verhältnissen nur gebraucht werden, da der Bestand an Einlagen wächst.

Der Minister kam dann auf die neue Notverordnung zu sprechen und verwies auf die den Banken und Sparfassen ab Donnerstag wieder gestattete Auszahlung von Geldern, für die in der Notverordnung erzwungene Zweck. Es werde also das Gesehene, was notwendig ist, damit die Gehalts- und Lohnempfänger, die Rentenberechtigten und die Unterstützungsberechtigten das erhalten, was sie zu fordern haben. Es ist aber unmöglich, etwa dahin zu kommen, daß auch die Sparrer ihr Geld bekommen. Die Frage, wie weit das möglich sein wird, ist die Aufgabe der nächsten Tage. Die Reichsbank hat Vorsorge getroffen, daß die Lohnzahlungen, Unterhaltungen usw. am heutigen Donnerstag vereinigt werden können, natürlich nur gegenüber den Firmen, die im Stande sind, auf dem geordneten Kreditwege diese Gelder beanspruchen zu können. Wenn es an einigen Stellen zu Schwierigkeiten kommen sollte, dann bitten wir die Bevölkerung, daraus nicht einen generellen Schluß zu ziehen. Wir werden bemüht bleiben, diese lokalen Schwierigkeiten zu meistern. Die Reichsbank wird am Donnerstag etwas mehr Noten umlaufen lassen als bisher. Wir haben in den vergangenen Monaten aber oft eine Milliarde und noch mehr Notenumlauf gehabt aber den, was wir jetzt haben. Die Schwierigkeit liegt zur Zeit nicht etwa darin, daß wir zuviel Noten haben, sondern daß wir zu wenig Noten haben, letzteres, weil uns Gold und Devisen weggenommen worden sind.

Der Minister kam dann auf die Rentenmark zu sprechen, die gelegentlich jedermann in der Tasche hat. Niemand hat bisher zwischen ihr und der Reichsmark einen Unterschied gemacht. Die Rentenmark ist durch die Landwirtschaftsgarantie außerordentlich gut gedeckt.

Ein Ministerium... Paris... die deutsche... danken für... der Regierung... überzeugung... wendlichen... Maßnahmen... der deutsche... frist, geschä... tionen des... tel hantieren... dadurch die... tel stünden... ausreichend... daß die bab... Stampe im... Eigentum... gelt und...

wird dem... partei mit... freis Deffen... sei, nicht... blichen Ver... wesen, die... einer sofort... sei dieser... habe einen... der Partei... lich die j... schloß aus... abgeordnet... Abbl den... idenschaft...

Der M... Landesleit... hat folgend... Der W... Handel bei... staat Sach... bringende... Lage eine... gierung... vorzunehm... geeignete...

Die R... verläßt di... menten, si... des V... Nutzen, so... Parteiführ... Die Wirkt... tungen ihre... taatsberu... mitteln.

Obwohl... und in dem... so verdient... Curley vo... Deimat T... Wändentr... monatlich... zeichen an... Staaten in... sie hier... Arbeitslos... afeckt, da... die Famili... Bevölkerung... für Einwo...

Der L... fädter und... hieru ber... Unterdrück... Weisungen... nung zur... präsidenten... 13. Juli... Willenssch... Bank mit... räumung r... ebenjo wie... Die Treub...

Der L... hört, haben... änderung... eingeleit... schränkun... Tage in p... provisions...

Die... Me... Dampfer... ungarisch... 49.25... Bra... geküdet m...

Ein Aufruf der badischen Staatsregierung.

St. Louis, (Funkdruck.) Das badische Staatsministerium hat einen Aufruf erlassen, in dem es u. a. heißt, die Reichsregierung habe im Kampf um den Schutz der deutschen Währung und Wirtschaft einschneidende Maßnahmen ergreifen müssen. Das deutsche Volk, das den Gedanken harter Härtehaft stets hochgehalten habe, wolle der Regierung Vertrauen entgegenbringen. Die badische Landesregierung mit ihren Sachverständigen habe die Überzeugung gewonnen, daß die Reichsregierung die Notwendigkeiten des Augenblicks erkannt und die gebotenen Maßnahmen zielbewußt ergriffen habe. Die Grundlage der deutschen Wirtschaft sei heute dieselbe wie vor Jahresfrist, gehört seien einzelne vom Auslande abhängige Funktionen des Geld- und Kapitalmarktes. Der Zahlungsmittel haushalt erhebe sich vorläufig, der schädliche Einfluß der deutschen Wirtschaft. Vollwertige Zahlungsmittel ständen für den notwendigen Geldbedarf der Wirtschaft ausreißend bereit. Die badische Regierung erwartet daher, daß die Reichsregierung die Reichsregierung in ihrem Kampfe nicht durch Gerüchtmacherei und durchsichtigen Eigenwillen schwäche, sondern sie vielmehr durch Besonnenheit und Disziplin nach Kräften unterstütze.

Zu den Auseinandersetzungen in der Wirtschaftspartei

wird dem Nachrichtenbüro des Vba. von der Wirtschaftspartei mitgeteilt, daß die Meldungen, wonach der Wahlkreis Pöchlarn aus der Wirtschaftspartei ausgetreten sei, nicht den Tatsachen entspräche. Das Gremium, das diesen Beschluß fällte, sei nicht sachgemäß besetzt gewesen, die angeführten Beschlüsse seien daher unanständig. In einer sofort einberufenen sachgemäßen Wahlkreisversammlung sei dieser Sachverhalt festgestellt worden. Der Wahlkreis habe einen neuen Vorsitzenden gewählt und Rede hinter der Partei. Unrichtig seien auch die Mitteilungen, wonach sich die sächsischen Wahlkreise der sogenannten Opposition des aus der Partei ausgeschlossenen Vba. v. Dettin angeschlossen haben sollten. — Anteile des preuß. Landtagsabgeordneten Dr. Wöhe hat der Reichstagsabgeordnete Pöchl den Vorsitz im Wahlkreis Pöchlarn der Wirtschaftspartei übernommen.

Forderungen der Wirtschaftspartei

Dresden, 16. Juli.

Der Aktionsausschuß für Industrie und Handel bei der Landesleitung der Wirtschaftspartei im Freistaat Sachsen hat folgendes Telegramm an den Reichspräsidenten gerichtet: Der Vorstand des Aktionsausschusses für Industrie und Handel bei der Landesleitung der Wirtschaftspartei im Freistaat Sachsen richtet an den Herrn Reichspräsidenten die dringende Bitte, angesichts der katastrophalen wirtschaftlichen Lage eine sofortige Umbildung der Reichsregierung nach der nationalen und sachlichen Seite hin vorzunehmen und die Leitung der Deutschen Reichsbank in geeignete sachkundigere Hände zu legen.

Die Reichstagsfraktion der Wirtschaftspartei

verstärkt durch Vertreter der Fraktionen von Landesparlamenten, ist heute nachmittag im Reichstag unter dem Vorsitz des Parteiführers Dreyfus zusammengetreten. Der Antrag, Journalisten während des politischen Referats des Parteiführers hinzuzulassen, ist nicht durchgeführt worden. Die Wirtschaftspartei wird nach Beendigung der Beratungen ihre Stellungnahme zu dem Antrag auf Reichstagsabänderung in einem Kommuniqué der Öffentlichkeit mitteilen.

Eine beachtliche Warnung.

Obwohl die Auswanderungslust nach Amerika heutzutage in den letzten Monaten beträchtlich zurückgegangen ist, so verdient doch die Warnung Beachtung, die der Graf von Curlew von Baltimore in U.S.A. in seiner letzten Heimat Dublin öffentlich aussprach. Der hohe amerikanische Würdenträger erklärt offen, daß er jetzt, nach annähernd monatlicher wirtschaftlicher Depression nur wenige Anzeichen auf Besserung sieht, und daß die Vereinigten Staaten jetzt dem härtesten Winter entgegensehen, den sie bisher in ihrer ganzen Geschichte hatten. Die Zahl der Arbeitslosen wird von ihm auf 5 Millionen Männer geschätzt, doch wird von der Arbeitslosigkeit, wenn man an die Familien der Arbeitslosen denkt, eine fünfmal größere Bevölkerungszahl getroffen. Unter diesen Umständen ist für Einwanderer überhaupt kein Platz mehr vorhanden.

Erklärung der Treuhänder der Danabank.

Berlin, (Funkdruck.) Die Geschäfte der Danabank und Nationalbank N. a. U. werden von den bisher hierzu berechtigten Personen mit den bisher gültigen Unterschriften unter unserer Aufsicht und nach unseren Weisungen weitergeführt. Gemäß Artikel 3 der Verordnung zur Durchführung der Verordnung des Reichspräsidenten über die Danabank und Nationalbank vom 13. Juli 1931 erteilen wir unsere Zustimmung zu den Willenserklärungen, die der lautende Geschäftsbetrieb der Bank mit sich bringt, ausgenommen hiervon sind die Einräumung neuer und Erhöhung bereits bestehender Kredite, ebenso wie die Aufnahme von Krediten durch die Bank. Die Treuhänder: Ges. Vergmann, Ges. Dr. Schippel.

Stempelvereinigung erhöht Habenzinsen für neu eingezahlte Gelder.

Berlin, (Funkdruck.) Die WZV. Handelsbank hört, haben die Mitglieder der Stempelvereinigung in W. Änderung der getragenen Vereinbarung beschlossen, für neu eingezahlte Gelder, die den gesetzlichen Auszahlungsbegrenzungen nicht unterliegen, mit Wirkung vom heutigen Tage in provisorischer Rechnung acht Prozent v. a., in provisorischer Rechnung neun Prozent zu vergüten.

Die ungarischen Ozeanflieger geflüchtet.

X New York, Associated Press empfangt von dem Dampfer „Magna“ ein drahtloses Telegramm, daß die ungarischen Ozeanflieger heute früh um 8.15 Uhr WZV. auf 49.25 Grad nördlicher Breite und 7.50 westlicher Länge gesichtet worden sind.

Brüning und Curtius nach Paris eingeladen.

Das Pariser Ministertreffen.

Berlin, (Funkdruck.) Neben den zur Erörterung stehenden Besuch des Reichskanzlers und des Reichsaußenministers in Paris finden zur Zeit weitere Besprechungen statt. Inwieweit dabei der Zeitpunkt des Besuchs behandelt wird, kann schon jetzt festgestellt werden, daß eine Abreise nach am heutigen Abend nicht in Aussicht genommen ist. Wie wir weiter erfahren, wird Premierminister MacDonald mit Rücksicht auf die Verschiebung der in Aussicht genommenen Fahrt nach Berlin nunmehr in London bleiben.

Beginn der Pariser Besprechungen zu dreien.

Paris, (Funkdruck.) Heute vormittag um 11 Uhr begann die angekündigte Besprechung zwischen Ministerpräsident Daladier, dem englischen Staatssekretär Henderson und dem amerikanischen Staatssekretär Stimson.

Das Kommuniqué über die heutigen Pariser Besprechungen.

Paris, (Funkdruck.) Das Kommuniqué über die heutige Unterredung mit Staatssekretär Stimson und Staatssekretär Henderson besagt, daß der Meinungsaustrausch über den Ernst der deutschen Finanzlage und die verschiedenen Seiten des aus der Verschärfung der deutschen Krise sich ergebenden Problems fortgesetzt wurde.

Der französische Ministerrat.

Paris, (Funkdruck.) Der französische Ministerrat, der die französische Stellungnahme zur deutschen Lage festlegen wird, tritt heute nachmittag 17 Uhr zusammen. Weitere Verhandlungen zwischen den französischen, amerikanischen und englischen Ministern werden wahrscheinlich im Laufe des morgigen Tages stattfinden.

Unterredung des deutschen Botschafters mit Briand.

Paris, (Funkdruck.) Der deutsche Botschafter von Goebbel hatte heute eine Unterredung mit dem Außenminister Briand, in deren Verlauf er ihn über die Fortentwicklung der Lage in Deutschland unterrichtete.

Scheuen-Prozess.

Strafantrag gegen Straube.

tu. D. h. n. u. r. 15. Juli. Wegen alle Durschen, die sich mit an der Abhebung Leberung beteiligt haben, wurde eine Geldstrafe von 3 Monaten beantragt. Wegen die übrigen angeklagten Angehörigen wurden Geldstrafen von 3 Wochen bis 9 Monaten beantragt. Der Staatsanwalt kam dann auf Straube zu sprechen. Alle Milderungsgründe, die den Jugendlichen angebilligt würden, müßten bei Straube fortlassen. Das, was Straube aus den Durschen gemacht habe, bilde eine große Gefahr für die Allgemeinheit. Im Falle Straube müßte auch das Abschreckungsprinzip der Strafe Anwendung finden. Der Staatsanwalt beantragte für Straube eine Geldstrafe von 2 Jahren 6 Monaten. — Weiterverhandlung: Donnerstag früh.

Beginn des Goebbel-Botschafter-Kommunisten-Prozesses.

Hamburg, (Funkdruck.) Vor der Strafkammer hat heute ein großer Kommunistenprozess begonnen, der die schweren Zusammenstöße in Goebbelstadt vom 26. Januar dieses Jahres zum Verhandlungsgegenstand hat. Es handelt sich dabei um ein Feuergefecht zwischen Polizei und Kommunisten, welche anlässlich einer nat.-soz. Kundgebung nach Goebbelstadt zusammengezogen worden waren. Im Verlauf der Tumulte wurden zwei Kommunisten getötet und eine große Anzahl von Personen mehr oder minder schwer verletzt. Im ganzen haben 34 der KPD. angehörende bzw. nahestehende Angeklagte wegen Antrahs zu verantworten. Die Verhandlungen dürften mindestens zwei Wochen in Anspruch nehmen.

Die Hamburger Polizei lehnt das Disziplinarverfahren gegen Frau Regierungsrat Erkens ab.

Hamburg, (Funkdruck.) Die Polizeibehörde Hamburg hat den Antrag der Frau Regierungsrat Erkens, gegen die ein Disziplinarverfahren zur Klärung der Schuldfrage an dem Tode der beiden Kriminalbeamtinnen einzuleiten, abgelehnt, weil sich die Schuldfrage, nachdem die beiden Beamtinnen aus dem Leben geschieden sind, nicht mehr einwandfrei klären läßt und dem Freitod psychologische Vorgänge und Beziehungen persönlicher Art zugrunde liegen, die sich nicht zum Gegenstand eines Disziplinarverfahrens machen lassen.

Letzte Funkdruck-Meldungen und Telegramme vom 16. Juli 1931.

Sachbescheid gegen Pappe.

Berlin, (Funkdruck.) Der Vernehmungsrichter im Polizeipräsidium hat heute gegen den Arbeiter Hans Pappe Sachbescheid wegen des Verdachts des Mordes und der Unterschlagung erlassen. Pappe ist geschädigt, mit seiner Stieftochter unerlaubten Verkehr gehabt und sie vorzüglich getötet zu haben.

Vernunft im Franzosen-Prozess.

Berlin, (Funkdruck.) Die Staatsanwaltschaft beim Landgericht I hat gegen das freisprechende Urteil des Schöffengerichts Berlin-Mitte im Prozess gegen den braunschweigischen Staatsminister Dr. Franz Vernunft eingeleitet.

Teilnahme Italiens an der Ministerkonferenz.

Rom, (Funkdruck.) Die italienische Regierung hat die Einladung der englischen Regierung betr. die Ministerkonferenz, die am nächsten Montag nachmittag in London eröffnet werden soll, angenommen. Es besteht Grund zu der Annahme, daß Italien durch den Außenminister Grandi vertreten wird.

Eine Habasüberlegung zur deutschen Ministerreise nach Paris.

Paris, (Funkdruck.) Die Tatsache, daß sich auf Einladung der französischen Regierung Reichskanzler Dr. Brüning und Reichsaußenminister Dr. Curtius nach Paris begeben werden, wird von der Habasagentur als Zeichen dafür gedeutet, daß die internationale Solidarität sich immer stärker betont. In der Auslassung der Agence Habas heißt es weiter, es sei möglich, die Wichtigkeit der Tatsache zu unterstreichen, daß zum ersten Male seit langen Jahren die Vereinigten Staaten offiziell an Verhandlungen teilnehmen, die in erster Linie Europa interessieren. Die Ankunft von Dr. Brüning und Dr. Curtius in Paris sei für Sonnabend vorgesehen. Die Unterredungen könnten ab dann einen sehr positiven Charakter annehmen. Wegen der Dringlichkeit der Lage würden sie ohne Unterbrechung fortgesetzt werden, um zu einer grundsätzlichen Einigung zu gelangen. Wenn dieses Ergebnis erreicht sei, würden die Verhandlungen auf Wunsch der englischen Regierung in London fortgesetzt. Es würden daran die Minister sämtlicher Staaten, die den Vorschlag unterzeichnet hätten, und zweifellos auch die Vertreter der amerikanischen Regierung teilnehmen.

England und die Konferenzen zur Behebung der Finanzkrise.

London, (Funkdruck.) Die heute mittig amtlich bestätigte Nachricht, daß sich Premierminister MacDonald und Außenminister Henderson nicht nach Berlin begeben werden, hat hier beträchtliches Aufsehen erregt. Als Grund für die Verschiebung des Besuchs wird die Tatsache angeführt, daß der Ernst der europäischen Lage und die Dringlichkeit und Maßnahmen zu ihrer Abhilfe ein schnellstmögliches Zusammentreten aller in Betracht kommenden Staatsmänner notwendig macht. Die Abreise des deutschen Reichskanzlers und des Reichsaußenministers nach Paris und die Einladung der britischen Regierung zu einer Konferenz in London am Montag werden als Schritte zur Verwirklichung dieses Zieles bezeichnet.

Wenn auch bis heute vormittag die amtlichen Antworten auf die Einladung der britischen Regierung noch nicht eingetroffen waren, so ist doch sicher, daß Großbritannien, Frankreich, Deutschland, Italien, Belgien, Japan und die Vereinigten Staaten vertreten sein werden. Ursprünglich sollte die Konferenz am Montag um 6 Uhr abends beginnen; es soll jedoch versucht werden, sie noch vorher zu eröffnen, falls die italienischen Delegierten rechtzeitig eintriften können. Als „unverfälschte Geste“ wird die Nichterhöhung des Diskontsatzes der Bank von England angesehen; sie kam überraschend, als allgemein befürchtet worden war, daß eine Erhöhung die fast unvermeidliche Folge der Bankkrise in Deutschland sein müßte. Es wird erwartet, daß MacDonald heute im Unterhause eine Erklärung über die Unterlassung des Berliner Besuchs abgeben wird.

Auf in den Kampf!

Unter dem hohen Protektorat der französischen Regierung und des ganzen in Paris akkreditierten diplomatischen Korps tritt in der französischen Hauptstadt in den Tagen vom 7. bis 12. Oktober dieses Jahres die 12. Internationale Konferenz zur Bekämpfung der Ratten zusammen. Es handelt sich dabei um die Organisation eines Weltkreuzzuges gegen diese schlimmen Feinde des Menschengeschlechtes, die zu den Hauptträgern und Verbreitern von Krankheitsbazillen zählen, die namentlich die Welt verpestet und alljährlich Werte vernichtet, die hoch in die Millionen gehen. Wie im Jahre 1928, so sind auch jetzt die Weltmächte der Gegenwart eingeladen, Vertreter zu diesem Kampfabzug zu senden. Es ist ihm zu wünschen, daß seine bevorstehenden Entschlüsse mehr Erfolg haben als die letzten.

Die Gerichtstermin — eine ewige Krankheit.

„Es erben sich Geiz und Neid wie eine ewige Krankheit fort.“ Man ist versucht, dieses mehrdeutige Wort zu zitieren, wenn man hört, daß wieder einmal die „Gerichtstermin“ ausgebrochen sind. So schreibt der „Katholiken-Dienst der Welt, Vereinigung der letzten Angehörten e. V.“ und verweist darauf, daß diese volle zwei Monate, vom 15. Juli bis 15. September, umfassende Ferienpause des deutschen Gerichtswesens, auch wenn diese Pause nicht alle Arten der bürgerlichen Rechtsstreitigkeiten und nicht in jedem Falle ruhen läßt, doch höchst unzeitgemäß ist. Welcher Wirtschaftszweig, namentlich von den Eisbahnen unternehmungen abgesehen, sofern sie Freiluftbetrieb haben, könnte es sich denn leisten, sommerüber zwei Monate lang keine Geschäfte abzuwickeln zu lassen; oder welche Behörde sonst müßte dem Volke zu, seine Angelegenheiten von der Mitte des Jahres ab auf eine zwei Monate lange Bank geschoben zu lassen! Zeit ist Geld, und Zeit ist ein Begriff, den, wie es scheint, unsere sonst so arme Zeit mit reichem Leben erfüllt hat. Auch bei den Gerichten müßten die Urlaube auf das ganze Jahr verteilt werden können — es ist höchste Zeit, daß man den Anachronismus der deutschen Gerichtstermin bejeitigt.

„Geht nicht zur See!“

Oba. Unter dieser Überschrift veröffentlicht der Verband Deutscher Kapitäne und Schiffsoffiziere in Hamburg eine Mitteilung über die Berufsaussichten für Seeleute. Er wendet sich besonders an die Eltern der im Herbst 1931 oder zu Ostern 1932 aus der Schule zu entlassenen Knaben und betont, daß der Kapitänberuf überfüllt sei. Sonst an Seelenten der Mannschaftsgrade sei ein so großer Ueberschuß vorhanden, daß gesetzlich eingerichtete seemannische Anstalten bereits die Annahmestellen für neu sich meldende unbefahrene junge Leute und teilweise sogar schon für befahrene Leutnanten und Matrosen geschlossen hätten. Auf seinem diesjähr. Verbandstage in Hamburg habe der Verband deutscher Kapitäne und Schiffsoffiziere eine Entscheidung angenommen, in der er darauf hinwies, daß die Stellungslosigkeit im seemannischen Beruf bereits katastrophale Formen angenommen hätte. Auf Grund der Tatsache, daß für die Handelsmarine der jährliche Zufluß neuer Schiffsoffiziere von den staatlichen Seefahrtsschulen in großem Umfang ununterbrochen anhalte, müsse damit gerechnet werden, daß die Stellungslosigkeit noch weiter erheblich zunehmen werde, zumal der Ausbau der deutschen Handelsflotte als abgeschlossen gelten könne. Der Verband warne daher alle Eltern und ihre etwa seelütlichen Söhne vor der Ergriffung der höheren seemannischen Laufbahn in der Handelsmarine, weil für die nächsten Jahre der Bedarf an Nachwuchs gedeckt sei und auf Unterbringung weiterer Anwärter nicht gerechnet werden könne.

Landwirtschaft und Notverordnung.

Die steuerlichen Belastungen und ihre Auswirkungen im Niefer Finanzamtbezirk. Bedenklicher Rückgang der Steuerpflichtigen in der Landwirtschaft.

Nach der letzten Notverordnung des Reichspräsidenten wird bekanntlich das Einkommen der landwirtschaftlich tätigen Personen gegenüber anderen Berufen besonders milde behandelt. Durch die Einführung der landwirtschaftlichen Einkommensteuer werden die ersten 8000 RM. Jahreseinkommen von der Notverordnung nicht erfaßt, wodurch eine ganz erhebliche Zahl von Mittel- und Kleinbauern sehr wenig oder gar keine Krisensteuer zu entrichten haben. Diesem wurde eine besondere Begünstigung der Landwirtschaft erblickt. Daß das nicht der Fall ist, sollen folgende Zahlen beweisen.

Vergleiche mit der letzten und den vorhergehenden Steuererhebungen zur Einkommen-, Umsatz- und Vermögensteuer lassen die Berechtigung der Sonderstellung der Landwirtschaft zur Notverordnung erkennen. Es gibt heute wohl kaum einen anderen Berufsstand, der nicht derartig unter den Steuerlasten zu leiden hat, wie gerade die Landwirtschaft.

In der Land- und Forstwirtschaft im Finanzamtbezirk Niefer mußten auf Grund der Einkommensteuererhebung vom Jahre 1925 von 1158 Landwirten rund 2,58 Millionen RM. Einkommen besteuert werden. Auf Grund der letzten vorliegenden Einkommensteuererhebung betrug dagegen die Zahl der Steuerpflichtigen 1103, also insgesamt 50 weniger. Daß zu besteuern Einkommen aber belief sich auf 1.940.000 RM.

Während sich bei der Einkommensteuer noch keine großen Unterschiede bemerkbar machen, so ergibt die Umsatzsteuererhebung bereits ein ganz anderes Bild. Bereits ein Vergleich der Reichsergebnisse gibt eine Uebersicht über die Notlage der Landwirtschaft. So verzeichnete gegenüber der Fällung von 1926 die letzte statistische Umsatzsteuererhebung rund 700.000 zur Landwirtschaft veranlagte Personen weniger. Noch schlimmer wirkt sich die Zahl aus bei einem Vergleich der Kleinumsätze bis zu 5000 RM., denn hier war die Zahl von rund 1,8 Millionen auf rund 850.000 zur Umsatzsteuer veranlagten Landwirten herabgesunken. Das bedeutet also ein Ausfall von rund 90 Prozent der Steuerpflichtigen bei den Klein- und Mittelbauern!

Für den Finanzamtbezirk Amisch, Großenhain waren im Jahre 1926 noch insgesamt 8715 Landwirte veranlagt, die rund 160.000 RM. Umsatzsteuer zu entrichten hatten. Die letzte Umsatzsteuererhebung sah dagegen nur noch 2670 Landwirte veranlagt, die rund 108.000 RM. Umsatzsteuer aufbrachten. Innerhalb dieser beiden Umsatzsteuer-

erhebungen waren also bereits 1045 Landwirte nicht mehr steuerbelastet, weil ihr Umsatz nicht mehr die Besteuerungsgrenze erreichte. Bemerkenswert für die letzte Notverordnung ist namentlich eine Uebersicht über die Umsätze bis zu 8000 RM., die ja bekanntlich von der Krisensteuer nicht erfaßt werden. Leider sind in den Erhebungen bislang nur immer die Umsätze bis zu 5000 RM. behandelt worden, so daß sich in Wirklichkeit das Ergebnis etwas verschoben dürfte, soweit es sich um die Krisensteuer handelt. Die Umsatzsteuer des Jahres 1926 sah bis zu einem Umsatz von 5000 RM. insgesamt 2971 Pflichtige verzeichnet, dagegen die letzte Erhebung nur noch 1818 Landwirte. Die letzte Umsatzsteuer verzeichnete also ein Minus von insgesamt 1153 Landwirten. Der Umsatzsteuerausfall belief sich demnach auf rund 31.000 RM. Diese sogenannte Produktionsrückgang läßt bereits die Staffelung der Notverordnung als berechtigt erscheinen.

Die stark gerade die Landwirtschaft durch alle die vielen Steuern in Mitleidenschaft gezogen worden ist, geht aus der Vermögenssteuererhebung hervor. Die erste Veranlagung seit der Geldentwertung fand im Jahre 1924 statt. Nach den Reichsangaben wurden damals rund 1.552.500 Landwirte zur Vermögenssteuer veranlagt. Ein Jahr später waren es bereits 1.950.000 Landwirte weniger. Die letzte Vermögenssteuererhebung sah nur noch rund 1,4 Millionen Landwirte steuerlich veranlagt. — Nach der Vermögenssteuererhebung vom Jahre 1926 wurden im Finanzamtbezirk Niefer insgesamt 1184 Steuerpflichtige von landwirtschaftlichen, forstwirtschaftlichen oder gärtnerischen Grundstücken steuerlich belastet bei einem Vermögenswert von rund 51,8 Millionen Mark. Die letzte Vermögenssteuererhebung sah dagegen unser Gebiet mit nur noch 971 Landwirten steuerlich belastet, die ein Vermögen von rund 48,8 Millionen RM. zu verzeichnen hatten. Das bedeutet gegenüber der vorhergehenden Steuererhebung einen Ausfall von 213 Steuerpflichtigen, wodurch rund 7,9 Millionen RM. landwirtschaftliches Vermögen der Besteuerung entzogen wurden.

Vergleiche mit den anderen Erwerbsgruppen haben nicht annähernd den gleichen Steueranfall aufzuweisen wie gerade die Landwirtschaft. Um einen Ausblick zu schaffen, ist die Landwirtschaft bei der letzten Notverordnung gegenüber den anderen Berufen in der Krisensteuer günstiger gestellt.

Harde Mark samlischer Bestehungslofen für die Ernte, ist besonders die Zinsenlast von 1,3 bis 1,4 Milliarden Mark jährlich außerordentlich drückend und muß unbedingt vermindert werden, um Einnahmen und Ausgaben in Einklang zu bringen. Diese Zinsbelastung wirkt sich in den einzelnen Betrieben natürlich verschieden aus, so beträgt sie im Westen ungefähr nur 9 Prozent des Verkaufswertes der Produkte, während die Erzeugnisse in vielen Gebieten Ostpreußens bis zu 20 Prozent der Verkaufswerte mit diesen Zinsleistungen belastet sind. Die Zinsfrage steht in engem Zusammenhang mit den Reparationen und eine Regelung dieser Frage ist auch die Grundbedingung für jede Wiederherstellung der Wirtschaftlichkeit.

Da eine Abänderung der Zinslast nicht in der Macht der Landwirtschaft liegt, an eine Senkung der Arbeiterlöhne ebenfalls nicht zu denken ist, kann eine Senkung der Bestehungslofen nur durch Beseitigung der Arbeitslosigkeit, vor allem während der Erntezeit, erfolgen. Besonders für den deutschen Osten stellt Rittergutsbesitzer von Jizemisch-Kottow die Forderung an die deutsche Landmaschinenfabrik zur

Schaffung von Maschinen, die die Mechanisierung der Saat Kultur und Kartoffelbearbeitung ermöglichen, um so zu Erparnissen an Hand- und Gespannkraften zu kommen. Ebenso setzt sich der Redner für die Mechanisierung der Getreideernte ein. Als weitere Ziele, die zur Abrundung dieser Rationalisierungsmaßnahmen notwendig erscheinen, muß auf die Herstellung brauchbarer Kartoffel- und Rübenerntemaschinen hingearbeitet werden. Bei systematischem Abbau aller dieser Arbeitsweisen innerhalb eines Jahres wird es möglich sein, den notwendigen Bestand an Hand- und Gespannkraften auf das wirtschaftlich tragbare Mindestmaß zurückzuführen.

Der Redner warnte ganz besonders vor Verwendung von Kapital an Stellen, die nicht den höchstmöglichen Nutzen versprechen. Namentlich wendet er sich dagegen, Geld in noch nicht ausgeschlossene Böden zu stecken, es muß vielmehr das Bestreben dahin gehen, die Gesamtmenge der Aufwendungen auf wenige und bessere Böden zu konzentrieren und Kapital nur den intensiven Wirtschaften zuzuführen. Auch betont der Redner ausdrücklich, daß die Vorbedingung für diese Rationalisierungsmaßnahmen eine Agrarpolitik ist, die einen stetigen Verkaufspreis garantiert, denn nur so hat der Landwirt die Möglichkeit, auf längere Sicht zu disponieren. „Kein Gesetz kann so schlecht sein, wie eins, das alle halbe Jahre geändert wird“ waren die Worte, mit denen er eine stetige Agrarpolitik verlangte.

Berufständisches Jugendleben.

Von Friedrich Riewes,

Reichsjugendführer des Gewerkschaftsbundes der Angestellten.

In diesem Jahre findet wieder eine der alle zwei Jahre wiederkehrenden großen Reichstagen der Angestelltenjugend statt, wie sie A. B. viele Tausend jugendlicher 1927 in Kassel, 1929 in Nürnberg zusammenführten. — Diesmal ist Dirschberg im Riesengebirge das Ziel dieser jungen Menschen (18.—20. Juli). — Das weite, in der Dörflichkeit oft noch recht wenig bekannte Gebiet der Jugendbewegung zeigt, nach Feststellungen von „Nachweitem“, einige typische Entwicklungslinien, so u. a. in den letzten Jahren eine immer stärkere Zunahme der Mitglieder in den Jugendverbänden auf berufständischer Grundlage. Aus diesem Grunde dürfte der nachstehende Artikel aus der Feder des Reichsjugendführers des über 45.000 Mitglieder zählenden Jugendbundes im RDA. starker Beachtung sicher sein.

In unserem Volksleben spielen heute die Jugendverbände der verschiedensten Art eine recht wesentliche Rolle. Sie üben keinen geringen Einfluß auf die Entwicklung des jungen Menschen und auf die heranwachsende Generation als Ganzes aus. Wäre das nur eine angemessene Rolle, entstanden aus der Betriebsamkeit einiger Menschen oder Menschengruppen, dann wäre diese Erscheinung bald vorübergegangen, aber wir sehen die Jugendverbände von Jahr zu Jahr gefestigter in ihrer Wirksamkeit. Die Bewegungsfreiheit der Jugend ist gewachsen. Großstadt und Großbetrieb erschweren alten Erziehungsmächten wie dem Elternhaus und dem Lehrern der alten Art ihren Einfluß auf die Jugend. Der Lehrling wird an seiner Arbeitsstelle nur noch in der Arbeit unterwiesen, aber nicht mehr zum Leben herangebildet, vom ungelerten jugendlichen Arbeiter ganz zu schweigen.

Und doch braucht der junge Mensch Vorbilder und feste Gesinnungskreise, die ihn erlassen und die er sogar sucht. Ohne führende und kameradschaftliche Hilfe lände sich der junge Mensch kaum für sich selbst zurecht, geschweige denn in seinem Verhältnis zu den Aufgaben des Lebens, zu Volk und Staat.

Alle Jugendverbände haben demzufolge die Aufgabe den jungen Menschen in seiner ganzen Lebenshaltung und Lebens Einstellung zu erlassen. Sie unterscheiden sich aber darin, von welchem Ausgangspunkt her sie ihn erlassen. Jeder Einfluß braucht ja Lösungen ein Einfallstor, von

Die Senkung

der landwirtschaftlichen Bestehungslofen.

Der Rittergutsbesitzer von Jizemisch-Kottow hielt kürzlich einen Vortrag über die Möglichkeiten einer technischen Rationalisierung in der Landwirtschaft und deren Auswirkung auf die Bestehungslofen. Infolge seiner allgemeinen Bedeutung geben wir im folgenden einen kurzen Auszug des Vortrags.

Zur Wiederherstellung der Rentabilität der deutschen Landwirtschaft gibt es zwei Wege, die Erhöhung der Verkaufswerte und die Senkung der Bestehungslofen. Da der erstere Weg nicht gangbar erscheint, ist die Senkung der Produktionslofen zur Lebensfrage der Landwirtschaft geworden. Wenn man die Buchführungsberichte landwirtschaftlicher Betriebe betrachtet, so zeigt sich, wo diese Senkung am ehesten erreicht werden kann. Neben den 5,9 Mil-

Wenn Du eine Schwiegermutter...

ROMANISTISCHER ROMAN VON THEOPHIL

UNRECHT-RECHTSCHUTZ DURCH VERLAG OSARAD MEISTER, WERDAU 9. Fortsetzung. Nachdruck verboten.

„Die wird auch nichts tun können. Wir haben das Recht der Freizügigkeit. Es ist doch keine Stillelegung, sondern nur eine Ortsveränderung. Schlechter wird es nur für Ihre Arbeiter, die müssen ein paar Kilometer weiter laufen und fahren und werden nicht gerade erfreut darüber sein. Und der Stadtdirektor, der hat's am aller schlechtesten, denn Sie verlieren den Hauptsteuerzahler.“

„Ja, aber ein solcher Umzug kostet doch Tausende von Mark!“

„Vielleicht nicht mehr, als das Mehr von Steuern ausmachen würde, das Sie hier zahlen soll.“

„Frau Seidacher wird es sich schwer überlegen. Das ist eine Drohung, auf die ich nichts gebe.“

„Vielleicht ist es besser, Herr Bürgermeister, wenn die Stadt ihre unentgeltliche Antipathie gegen Frau Seidacher fallen läßt und ihr entgegenkommt! Auf Wiedersehen, Herr Bürgermeister!“

Er ließ das Stadtoberhaupt mit rauchendem Kopfe zurück.

Agnese Holgar unternahm an diesem Abend einen Spaziergang. Sie schritt an den Feldern vorbei, die im frischen Grün prangten.

Frieden atmete alles.

Sie hatte nicht gemerkt, daß sie längst auf Schlettow'schem Grund und Boden schritt.

Blöcklich fuhr sie zusammen.

Aus dem Nebenwege trat plötzlich ein Mann.

Es war Uwe von Schlettow.

„Guten Abend!“ grüßte er herzlich.

Sie dankte ihm verlegen und sagte: „Der Abend ist so schön. Ich mußte einmal heraus in den Frühling. Wenn der Herbst kommt für uns... dann wird die Sehnsucht nach dem deutschen Frühling immer größer.“

„Ja!“ gestand er. „Wir gingen in der Fremde fast mit einem Male kam die Sehnsucht nach dem Frühling... aber es war doch wohl etwas anderes, was mich nach der Heimat gezogen hat.“

„Sie sah ihn fragend an.“

„Vielleicht habe ich geglaubt, daß ich Sie... wieder einmal leben würde, was ich die ganzen Jahre ersehnt habe.“

„Herr von Schlettow, sprechen Sie nicht so zu mir!“

„Ich will Ihnen nicht weh tun, aber einmal muß es doch ausgesprochen werden, was vor Jahren nicht geschah. Ich habe immer an Sie gedacht. Ich habe viele Frauen in meinem Leben gesehen, aber nicht eine hat mir das Herz erwärmt, weil all meine Gedanken bei Ihnen waren.“

Sie sah ihn lange an. Dann sagte sie still: „Lassen Sie ruhen, was einst war.“

„Haben Sie vergessen... und verziehen?“

„Ja!“ sagte sie einfach. „Ich habe vergessen und verziehen!“

„Ich war schlecht zu Ihnen! Ich habe Ihnen einmal bitteres Leid gebracht!“

„Es ist vorbei. Ich will nicht mehr daran denken! Ich habe gefunden, was ich suchte... ich habe meinen Frieden. Lassen Sie mir meinen Frieden!“

Der Mann senkte den Kopf. „Agnese... und jetzt, da wir uns beide als freie Menschen gegenüberstehen... jetzt gibt es keine Brücke mehr von einem zum anderen... zum Glück!“

Da sah ihn die Frau lange an. „Uwe, lassen Sie uns Freunde sein... gute Freunde! Das ist so viel.“

... und so wenig!“ ergänzte er bitter. „Eine Hoffnung habe ich die ganzen Jahre getragen. Soll sie umsonst sein?“

Sie antwortete nicht, aber sie reichte ihm die Hand. „Gute Nacht, Uwe!“ sagte sie herzlich. Dann wandte sie sich und schritt den Weg zurück.

Der Mann sah ihr lange nach.

„Gute Nacht, Uwe!“ Diese Worte klangen in ihm nach. Herzlich war der Ton. Durfte er hoffen?

Hermann war mit dem Profuristen Hertling aus Görlich zurückgekommen.

Rehr tot als lebendig kletterte Hertling aus dem Wagen, warf Hermann einen wütenden Blick zu und verschwand in der kleinen Wertvilla.

Hermann schaffte den Wagen in seinen „Stall“ und suchte dessen Stöße auf, der mit Schute in dessen Zimmer Schach spielte.

„Wieder zurück aus Görlich?“

„Jawoll! Ja, der Profurist ist das letztmal mit mir gefahren! Das war ein Spaß, Stöße, den hätten Sie sehen sollen, wie er leichenblau wurde, wenn wir mit 100 Kilometer hindraußen! Das war eine Fahrt! Donnerwetter noch mal... dem habe ich geglaubt, was ein Schöffler ist!“

„Sie sind ein schlimmer Mensch, Hermann! Haben Sie schon zu Abend gegessen?“

„Jawoll, in der „Krone“!“

„Donnerwetter, haben Sie da keine Schwierigkeiten gehabt?“

„Ach nee, die haben schon Respekt gekriegt! Der Wirt türmte gleich, wo er mich sah, aber der Ober, der strahlte über das ganze Gesicht! Der hat Ihre zwanzig Mark noch nicht vergessen. Schute! Der fragte, wann wir wieder mal austräumen.“

Die Männer lachten.

„Und dann... was ist denn eigentlich passiert? Die ganze Stadt ist in Aufregung. Habe da was gehört von Betriebsverlegung.“

„Wenn die Stadt nicht nachgibt, ziehen wir nach Klein Peterdorf.“

„Da sind wir 'n Stückchen näher an Binkewinkel ran. Dort wohnt nämlich meine Martha! Die werden wir nu ooch bald holen.“

„Über da bin ich auch mit dabei!“ sagte Schute.

„Aber, Mensch, Schute! Das wird 'ne Sache! Wie Zeitungen... Extrablätter: Brautraub in Binkewinkel!“

„Das wird 'ne tolle Sache! Hermann, heute hätte ich mal Lust, auszugehen! Geld ist ja knapp so kurz vorm Ersten, aber wie wäre es, wenn wir uns wieder einmal nach der Stadt begeben?“

„Machen wir 'n Zug! Ich bin einverstanden! Aber Schute muß die Geldtasche einstecken!“

„Ich stecke ein!“ sagte Schute fixer, als man es von ihm gewohnt war.

„Wir wollen unieren Freund nicht schröpfen!“

„Ach was denn, wir sind drei gute Freunde! Zwies fin geldkamm... der dritte kriegt von Vatern im Monat einen Tausender... also muß er ran!“

Schute nickte ihm strahlend zu. „Oh!“ sagte er großartig. „Selen Sie doch nicht so stolz, Herr Stöße! Sie geben sich ja so viel Mühe mit mir! Und Papa hat ja so viel Geld!“

„Also denn los! Aber per Beinel! Das getrau ich mir nicht, den Wagen von Frau Caroline zu verlangen.“

„Schön, dann laufen wir!“

Sie schritten gemeinsam aus dem Hause. Als sie in der Fabrikhof kamen, stießen sie auf Lisa.

„Lisa, ausgehen!“ lachte Lisa.

„Jawoll, Frollein!“ sagte Hermann. „Wir wollen mal in Böhngen einen vergnügten Abend machen!“

„In Bode Böhngen! Und laufen wollen Sie da?“

„Ja, Frollein Lisa, ich kann doch Ihre Frau Mutter nicht bitten, daß sie für unsere Bummeltour den Wagen zur Verfügung stellt.“

„... denn nicht? Den drei Musketieren gibt sie ihn schon!“

„Nee, das getrau ich mir nicht!“

„Da werde ich sie mal fragen!“

Lisa flüchte davon.

Frau Seidacher sah mit Rolef, die schmärer geworden war, im Wohnzimmer zusammen mit Agnese Holgar. Gemeinsam berieten sie über eine Handarbeit.

Da schneite Lisa herein. „Mama!“

„Was willst du denn, Kind?“

„Mama, die drei Musketiere wollen in die Stadt einen Bummel machen. Sie getrauen sich nicht, dich um den Wagen zu bitten.“

Frau Caroline lächelte. „Ach, und da haben sie dich geschickt, Mädel? Ja, aber eigentlich ist es besser, wenn sie laufen. Wie denkst du, Rolef?“

„Ganz wie du, Mama!“

Nein vom Feigen in Bild und Wort.



Schacht — der kommende Mann?
Gerüchten zufolge soll die Reichsregierung Dr. Ojalmar Schacht das Amt eines Währungskommissars angeboten haben, während eine andere Meinung behauptet, daß Dr. Schacht das Reichsbankpräsidium übernehmen wird, und Dr. Luther — der jetzige Reichsbankpräsident — zum Reichswirtschaftsminister ernannt werden soll.



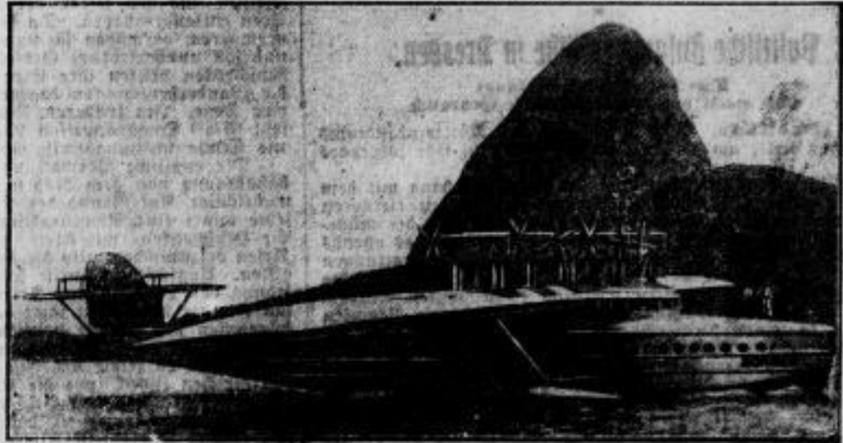
Hindenburg wieder in Berlin.
Reichspräsident von Hindenburg hat seinen Erholungsurlaub in Rueden abgebrochen und ist wieder in der Reichshauptstadt eingetroffen.



Deutschlands Vertreter auf der Hoover-Konferenz,
die am 17. Juli in London beginnt und über die technische Durchführung des Zahlungsausschubs berät, ist Ministerialdirektor Graf Schwerin v. Krosigk vom Reichsfinanzministerium.



Landungsübung auf Usedom.
Als Ersatz für die in diesem Jahre aus Ersparnisrücksichten ausfallenden großen Manöver veranstaltet die Reichswehr kleinere Übungen, so eine Landungsübung auf der Insel Usedom.



„Do X“ in Rio.
Das deutsche Flugschiff nach seinem gelungenen Atlantikflug im Hafen von Rio de Janeiro — im Hintergrunde das Wahrzeichen der Stadt, der „Zuckerhut“.



Zum Landeshauptmann von Thuringien gewählt
wurde der frühere Bundeskanzler Dr. Ender. In derselben Sitzung wählte ihn der Thuringer Landtag auch zu seinem Präsidenten.



Der Leiter der „Walgin“-Expedition,
die mit dem russischen Eisbrecher „Walgin“ zu einer Fahrt in die Arktis startete, um dort mit dem deutschen Luftschiff „Graf Zeppelin“ zusammenzutreffen und wissenschaftliche Untersuchungen anzustellen: Professor B. Biese.



Friedrich Paner †.
Im Alter von 84 Jahren ist Friedrich Paner, eine der markantesten Persönlichkeiten der deutschen Demokraten, der letzte Bischof des Kaiserreichs, gestorben.



In Berlin stehen die Arbeitslosen auf der Straße und
warten mit knurrendem Magen auf das Gratistessen einer Krankenanstalt.



Berlin — Paris.

In Paris feiert das Volk den Nationalfeiertag und
tanzt auf der Straße.

Politische Zusammenstöße im Reich.

Berlin. In Anbetracht der außerordentlich kritischen Lage wurde in Berlin jede Kundgebung bis auf eine Massenversammlung im Zirkus Busch vom Polizeipräsidenten verboten, die nach zwei Stunden wegen unruhigen Charakters aufgelöst wurde. Die Teilnehmer räumten in kurzer Zeit das Versammlungstotal und verließen sich ohne Zwischenfälle. Im Laufe des Tages wurden in Berlin 11 Sitzungen vorgenommen.

Aus Anlaß des kommunistischen Reichserwerbslosten Tages kam es im Reich mehrfach zu Zusammenstößen zwischen Demonstranten und Polizei.

Verbotene Demonstrationen konnten in Karlsruhe von der Polizei, die mit dem Gummiknüppel vorging, rasch unterdrückt werden. Der kommunistische Stadtrat Böhmung wurde vorläufig festgenommen, ebenso einige Kommunisten.

In Frankfurt a. M. verteilten die kommunistischen Flugblätter, in denen zum Sturm auf die Banken und Sparkassen aufgefordert wurde. Die Polizei nahm einige Zeitungsverleger fest. Demonstrationen konnten im Keime erstickt werden.

In Darmstadt wurde die Polizei beim Zerstreuen von Annehmungen mit Steinen beworfen, so daß sie vom Gummiknüppel Gebrauch machen mußte. Ein Demonstrant wurde am Kopf erheblich verletzt.

Auch in Breslau kam es abends im Anschluß an eine Kundgebung der Erwerbslosen gegen die Notverordnung zur Bildung verbotener Umzüge, die von der Polizei unter Anwendung des Gummiknüppels aufgelöst wurden. Ein Polizeibeamter wurde tödlich angegriffen. Er mußte sich durch einen Schreckschuß seiner Angreifer erwehren. Am Warenhaus Wertheim drückten Unbekannte eine Fenster Scheibe ein.

In Gelsenkirchen kam es mehrfach zu kommunistischen Annehmungen. Die Polizei wurde bei ihrem Eintreffen mit Steinen, Kohlen und Glasern beworfen. Aus Kellern und Dachlukn wurden etwa 30 Schüsse auf die Beamten abgegeben. Das Feuer wurde von den Polizeibeamten erwidert. Ein Beamter erlitt erhebliche Kopfverletzungen und mußte bewußtlos dem Krankenhaus zugeführt werden.

Politische Zusammenstöße in Dresden.

Die Polizei wird bedrängt und macht von der Schusswaffe Gebrauch.

Dresden. Das Präsidium des Polizeipräsidenten Dresden teilte am 15. Juli abends gegen 10 Uhr folgendes mit:

Während es den Tag über im Zusammenhang mit dem kommunistischen Reichserwerbslosten Tag nur zu kleineren Annehmungen im Stadtzentrum gekommen ist, die mühelos von der Polizei zerstreut werden konnten, hat es abends von der 7. Stunde an mehrfach größere Zusammenrottungen in der Nähe der Annenkirche gegeben. Wegen dieser mußte von starken Polizeikräften energisch eingeschritten werden. Zwei auf dem Sternplatz Streifen dienst tuenden Beamten gelang es, einen Demonstranten, der in wilder Flucht die Annenstrasse in Richtung Sternplatz gerannt kam und der ihnen dann auf der Annenstrasse von Fahrgästen eines dort haltenden Straßenbahnzuges als einer der Hauptheber auch noch ausdrücklich bezeichnet wurde, dingfest zu machen. Beim Abtransport dieses Mannes wurden die beiden Beamten von einer größeren Menschenmenge, die sich erneut angeammelt hatte, zunächst in der wüsten Weise bedrängt und dann auch tödlich angegriffen. Auch wurde der Versuch gemacht, ihnen ihre Waffen zu entwenden. Um sich der Angreifer zu erwehren, mußte einer der beiden Beamten das erste Mal unmittelbar beim Mutter-Anna-Denkmal von seiner Schusswaffe Gebrauch machen. Dadurch bekamen die beiden Beamten wieder Luft und es gelang ihnen, den Festgenommenen bis zum 'Lammchen' in der Annenstrasse zu bringen. Von einer dort stehenden Menschenmenge lösten sich plötzlich drei junge Burken und fielen einen der beiden Beamten unter erneuten wüsten Beschimpfungen an und verletzten ihn dabei mit einem harten Gegenstand erheblich im Gesicht. Um sich dieses Angriffes zu erwehren und die Festnahme durchzuführen zu können, machte der Beamte erneut von seiner Schusswaffe Gebrauch. Beim ersten Schussgebrauch ist eine Frau, die sich unter der Menge befand, verletzt worden. Sie ist ins Friedrichshäuser Krankenhaus eingeliefert worden. Beim zweiten Schussgebrauch ist einer der Angreifer offenbar nicht unerschütterlich verletzt worden, denn er stürzte hin. Er ist annehmbar von seinen Gefinnungsangehörigen weggeschafft worden. Im Zusammenhang mit den Vorgängen in der Nähe der Annenkirche sind bis jetzt 7 Personen festgenommen worden.

Schießerei in Leipzig.

Leipzig. Am Mittwochabend wurde in der Querstraße in Leipzig-Bismarck ein Polizeistreifenwagen von Demonstranten beschossen. Es wurden etwa fünfzehn Schüsse auf die Polizeibeamten abgegeben, ohne daß Beamte getroffen wurden. Die Polizeibeamten haben daraufhin ebenfalls einige Schüsse abgegeben. Ob dadurch jemand verletzt worden ist, steht zur Zeit noch nicht fest. Ede Werfberger und Wühner Strahe kam es ebenfalls zu größeren Annehmungen, die teilweise unter Anwendung des Gummiknüppels zerstreut wurden. 26 Demonstranten wurden festgenommen, später zum Teil wieder entlassen.

Der Jeschten, der heilige Berg Nordböhmens.

Das deutsche Nordböhmen hat vielen Landschaften etwas voraus. Wohl gibt es Duzende von Bergen in deutschen Ländern, die Mittelpunkt sind, die wie Schafberg, Rigi oder Brocken geradezu ein Monopol auf schöne Fernsichten zu haben glauben, wohl haben wir heiligegehaltene Höhen, die umraucht sind von den Sagen aus alter Zeit; ich kenne jedoch keinen deutschen Berg, der so ganz auch noch heutigen Tages die Gemüter erregt und die Herzen zu schönen Laten antwortet, wie der Jeschten bei Reichenberg im Nordböhmerland.

Zunächst die Landschaft. Wer aus dem nahen Sachsen etwa von Bittau kommend nach Reichenberg fährt, der gerät gar bald in ein gelindes Entzücken ob des köstlichen Wälderwaldes, der die Hänge des Hergedirges und der Kaufiger Berge bedeckt. Diese einst von deutschen Großgrundbesitzern gepflanzten Wälder sind treulich durch die widerwärtige tschechische Bodenreform als sogenannte 'Grenzwälder' ihren rechtmäßigen Besitzern enteignet worden und die Tschechen bemühen sich redlich, so wie dies vor einem Jahrtausend üblich war, unüberwindliche Wälder zu schaffen. ... es gelangt ihnen nur nicht, da sie die deutsche Ueberbeterung dieses Landes nicht gut verzeihen können. Hoffen jantzen Dägenen drängen sich droffie Regal hervor. Wir sind in ein Gelände gekommen, das einstens gewaltige Erudtionen, ein stielastiges erdgeichtliches Leben gehabt hat, was dem Wanderer das Streifen durch diese Welt außerordentlich reizvoll macht, da er immer wieder überzucht ist von den malerischen

Die „Arbeiterstimme“ verboten

Dresden, 16. Juli.

Wie wir vom Polizeipräsidenten hören, ist die hiesige kommunistische „Arbeiterstimme“ auf die Dauer von vier Wochen bis einschl. 11. August dieses Jahres verboten. Das Verbot ist auf Grund von § 13, Abs. 1 des Republikverfassungsgesetzes wegen verschiedener Ausführungen in der Montagsnummer erfolgt, durch die ein Verbrechen nach § 86 des Reichsstrafgesetzbuches (Aufforderung zum Hochverrat) gegeben ist.

Weiter erfahren wir, daß das Polizeipräsident die kommunistischen Versammlungen und Umzüge, die stattfinden sollten, auf Grund der Verordnung des Reichspräsidenten zur Bekämpfung politischer Ausschreitungen vom 28. März 1931 ebenfalls verboten hat.

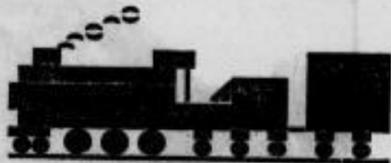
Der Heuschreckentrieg.

40 Tonnen Heuschrecken als Dünger.

Seit Mai 1928 leidet die ehemalige Kolonie Deutsch-Ostafrika, von den Engländern in Tanganyika umgetauft, sowie die englischen Kronkolonien von Uganda und Kenia unter dem Einfall von ungeheuren Heuschreckenschwärmen. Im Mai 1928 begann der erste Ueberfall der Heuschreckenschwere, der sich im ganzen Jahre 1929 fortsetzte und erst im März 1930 nachließ, um aber mit verstärkter Kraft in diesem Frühjahr wieder von neuem anzufangen. Dabei ist das Verheerendste, daß in den letzten 3 Jahren der Angriff von Wälderheuschrecken (Schilsoecera Gregaria) erfolgte, während in diesem Jahre der Angriff auf diese Gebiete durch Wanderheuschrecken (Locusta Migratoria Migratoroides) erfolgte.

Die Verschiedenartigkeit der Heuschrecken wirkte sich zunächst einmal in den Wanderungen der Schwärme, dann aber auch in ihrer Bekämpfung durch die britische Verwaltung ganz eigenartig aus. Die Wälderheuschrecken ziehen nämlich auf ihren Wegen ganz offensichtlich trockene Gegenden vor, während die Wanderheuschrecken darauf zu sein scheinen und den Ufern der Flüsse und dem Strande der Seen entlangwandern. Da sie sich stärker als die Karnickel vermehren, vermögen sie ungeheure Strecken zurückzulegen und fast unüberschbare Gebiete zu verwüsten. Die Wälderheuschrecken brüten ihre Eier in dreiwertel Stunden aus, die Wanderheuschrecken dagegen benötigen dazu drei bis vier Tage. Im früheren Deutsch-Ostafrika verwüsteten sie jetzt 8500 Quadratmeilen Landes, in der englischen Kolonie Kenia schätzungsweise über 7 Millionen Ar.

Die englische Verwaltung wurde zunächst durch Eisenbahnbeamte von dem Nahen der Heuschreckenschwärme benachrichtigt. Auf Grund der Erfahrungen der letzten Jahre setzte sofort eine Abwehraktion ein. Es wurde beschlossen, die Heuschrecken mit Kleie zu füttern und dieser Kleie Arsen beizumischen, also die Heuschrecken elendiglich zu vergiften. Unglücklicherweise setzte aber nach der ersten Auslegung von 2500 Tonnen Arsen-Kleie ein tropischer Regenfall ein, der das Arsen samt der Kleie wegspülte. Infolgedessen sah sich die britische Verwaltung genötigt, nach einem Ersatz von Kleie sich umzusehen. Sie hatte dabei Glück, denn es zeigte sich, daß die Hülsen der Kaffeebohnen den gleichen Zweck wie die Kleie erfüllen. Der Schaden, der inzwischen von den Heuschreckenschwärmern angerichtet war, läßt sich daraus ersehen, daß der Gouverneur von Kenia von seinem Parlament 20000 Pfund Sterling zur Milderung der Hungersnot und 10000 Pfund Sterling zur Anforderte, die er zur Bekämpfung der Heuschrecken bereits verausgabte. Man sieht daraus, daß in einer Kronkolonie für den Heuschreckentrieg allein 200000 Mark verpulvert wurden. Die gestörten Heuschrecken liegen in Riesenscharen umher. So sammelte ein Farmer 40 Tonnen toter Heuschrecken, schätzungsweise 14 Millionen Stück, zu dem Zwecke, — um mit ihnen seine Kaffeeplantagen zu düngen. Das Aroma des Kaffees soll durch diesen Qualitätsdünge beträchtlich gehoben werden.



Wenn Sie verreisen, vergessen Sie nicht,

sich das Biesser Tageblatt nachsenden zu lassen. Um Verzögerungen in der Zusendung zu vermeiden, bitten wir Sie, uns den Nachsendungsantrag mindestens 3 Tage vor der Abreise zu übermitteln. Jede weitere Auskauf erhalten Sie am Schalter der **Tageblatt-Geschäftsstelle** Biesse, Goethestr. 39, Telefon 20.

Kommunales Leben.

Aus dem Chemnitzer Bezirksauschuß

Der Bezirksauschuß der Amtshauptmannschaft Chemnitz stimmte der Ausschreibung einer Bezirksumlage für Juli und August in Höhe von 267 227 RM zu. Ein Besuch der Brauereien und Flaschenbierhändler des Bezirks um Stundung der Biersteuer für einen Monat wurde genehmigt.

Gerichtssaal.

Schluß des Meeraner Landfriedensbruchprozesses

Nach liebentzähliger Dauer ging der vor dem Gemeinsamen Schöffengericht Zwickau verhandelte Landfriedensbruchprozess gegen zwölf Arbeiter aus Meerane zu Ende. Am Abend des 18. März dieses Jahres kam es vor dem 'Wettiner Hof' in Meerane, wo sich die Nationalsozialisten zur Versammlung zusammentrafen, zu schweren Zusammenstößen zwischen der Volksmenge und den Nationalsozialisten, von denen mehrere schwere Verletzungen erlitten. Von den zehn Verurteilten erhielt der Maurer Erich Bauer acht Monate Gefängnis, die übrigen Angeklagten Strafen von sieben bis drei Monaten Gefängnis.

Landfriedensbruch durch Reichsbannerleute.

Zwickau, 18. Juli. Nach sechsstündiger Verhandlung vor dem Gemeinsamen Schöffengericht Zwickau fand der Ueberfall seine Sühne, der am 18. März d. J. durch Reichsbannerleute in Meerane auf Angehörige der NSDAP verübt worden war. Angeklagt waren 13 Leute, darunter der Geschäftsführer Taubert, Vorsitzender der NSDAP in Meerane, und der Ledemeyer Philipp, technischer Leiter des Reichsbanners. Die Ausschreitungen wurden gelegentlich einer öffentlichen Versammlung der Nationalsozialisten im 'Wettiner Hof' in Meerane verübt, als Gruppen der NSDAP anmarschierten. Eine große Anzahl SA-Leute wurde getreten oder geschlagen, so daß sie z. T. vorübergehend erwerbsunfähig wurden. Auch wurde wieder mit der braunen Mordpekt und dergl. erschallen aus der tausendköpfigen Menge. Von den zwölf Angeklagten waren acht erwerbslos. Das Gericht warf gegen die meisten Gefängnisstrafen wegen schweren oder einfachen Landfriedensbruches aus. Der Hauptangeklagte Richard Erich Bauer, ein 34jähriger Maurer, wurde zu acht Monaten Gefängnis verurteilt. Je sieben Monate Gefängnis erlitten der Reichsbannerführer Philipp, der Weberhammer und der Fleischer Sowald, je sechs Monate die Handarbeiter Gräfer und Bluke und der Andreher Wobslab, je drei Monate der NSDAP-Vorsitzende Taubert, die Appreture Schaffer und Ahner. Bei fünf Angeklagten gehen drei Monate und drei Wochen Gefängnis als durch die Untersuchungshaft verbüßt. Die dem Gericht vorliegenden Zeugschläger wurden eingezogen.

Reichseinnahmen



Schaubild: Reichseinnahmen Januar-Mai 1931. Im Mai 1931 betragen die Einnahmen des Reichs 538,1 Mill. RM. Vergleicht man dieses Einkommen mit dem Februar 1931, so ergibt sich ein Mindereintrag von 84 Mill. RM. und gegenüber dem Mai 1930 ein Mindereintrag von 91,5 Mill. RM. Der Einnahmestückgang im Mai 1931 beruht natürlich hauptsächlich auf der allgemeinen wirtschaftlichen Lage.

Wasserstände	15. 7. 31	16. 7. 31
Walden: Samalt	- 4	+ 13
Walden: Wabran	- 74	- 76
Eger: Laun	- 17	- 90
Elbe: Rimbürg	- 5	+ 12
Brandeis	- 13	+ 17
Meinit	+ 22	+ 28
Leitmeritz	+ 60	+ 55
Kufflig	- 20	- 25
Dresden	- 165	- 173
Miesla	- 105	- 111

Ausblick. In der tiefen Mulde, die die Kette zwischen dem Kaufiger Bergen und dem Hergedirge langsam mit fruchtbarer Erde aufgefüllt hat, breitet sich die gewerbetreibige Tuchmacherei Reichenberg mit ihren vielen volkreichen Vorstädten, die weit hinein bis in die Täler der nahen Berge reichen.

Ueber allem Lande steht der Herrscher des Gebiets, fahn und schier unbeweglich, ein schön geformter Fagel, der Jeschten. Ich weiß nicht, ob er in heidnischen Zeiten, als hier Kelten und Germanen siedelten, auch als Kultstätte gedient hat, wie hier so mancher andere Fagel, auf dessen Felssteinen auch heute noch die Spuren der Kultur gezeitet werden. Heute ist er die schönste Kultstätte deutscher Heimatliebe, die durch den starken Grenzgeist und den Abwehrwillen der Sudetendeutschen zu einem heroischen Fanatismus verhärtet wurde. Die Reichenberger sind nun rechnende, hart arbeitende Menschen, gewiß nicht das, was man so leichtbin Idealisten nennt, Menschen vielmehr, die stets schwer um ihren Bestand haben ringen müssen und deren Lage zufolge der staatlichen Umwälzung nicht besser geworden ist. Reichenberg ist eine Industrie- und Werkstoffstadt, was genug belastet. Und diese Menschen der furchenden Spindeln sind doch ganz anders geartet, wie die anderer Industriestädte, die allzu leicht durch die Technik, durch den Fabrikbetrieb mechanisiert werden, denn sie haben ihren Fageln!

Wo gibt's eine Stadt, eine Landschaft in deutschen Gauen, da groß und klein, arm und reich mit gleicher schwärmerischer Liebe an einem Berge hängt, wie das deutsche Nordböhmerland? Alltags und Sonntag pilgern diese, unsere jubelnde Brüder hinaus auf ihren Berg

und sie blühen von seiner luftigen Höhe hinaus in ein wunderkammer-schönes Land, das von der Natur fast erschwenderisch mit Gaben aller Art geschnübelt ist. Es sind nun bald 60 Jahre her, da schlossen sich die eifrigen Verehrer dieses Berges zu einem Bunde zusammen, zunächst wohl nur um dem Bergsteigen zu hulldigen. Aber je länger der Bund bestand, desto tiefer erkannten seine Freunde, daß der Jeschten Kräfte anstobte, die aus dem Körperlichen herauswachsen ins Seelische. Arbeiter und Akademiker, Industriemagnat und Häusler, sie stehen heute gefahrt um diesen hoch in die Höhe ragenden Fagel, der ihnen Lebenssymbol geworden ist. Jeschten ist Jubelstern und Kampfgelag! Hart an seinen Fuß löst das schwedische Sprachgebiet. Der Jeschten ist einer der Capiteiler Großdeutschlands, ausgebaut durch die Liebe seiner Kinder zu einer gewaltigen Nation nationaler Abwehrwillens.

Kommt auch ihr deutschen Menschen aus dem Reich einmal auf den Jeschten. Und wenn ihr auf den Hängen des stolzen Hauses steht, daß der 'Deutsche Sebrüderverein für das Jeschten- und Hergedirge' errichtet hat, dann blüht hinaus ins deutschböhmisches Land und ihr werdet erkennen, daß nur vopierene Grenzen diesen tapferen deutschen Grenserkamm vom Mutterlande trennen, Grenzen, die uns nie zu scheiden vermögen, wenn auch Fanonanten im Innern, Feinde von außen diese Grenzen auch wer weiß wie oft zeigen. Wer auch nur ein einzigmal auf dem Jeschten gekanden hat, der weiß, was Grenzland heißt für sein ganzes Leben lang.

Fritz Deins-Keimel